

Kommunalwahlprogramm 2014

Wir machen Druck

DIE LINKE.

Kreisverband Bochum

verabschiedet auf der
Mitgliederversammlung am 31.01.2014

Für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie in Bochum!.....	3
1. Soziale Gerechtigkeit	
1.1 Armut bekämpfen – Soziale Gerechtigkeit schaffen.....	5
1.2 Gesundheit ist ein Menschenrecht!.....	7
1.3 Bildung und Ausbildung: ein universales Menschenrecht.....	9
1.4 Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche.....	12
1.5 Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit.....	15
1.6 Altern in Würde und sozialer Sicherheit.....	19
1.7 Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.....	21
2. Wirtschaft	
2.1 Fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.....	24
2.2 Öffentliche Unternehmen – weil´s wichtig für alle ist.....	27
2.3 Öffentlich! Solidarische Wirtschaft – Gerechte Finanzen.....	29
3. Demokratie und Solidarität	
3.1 Für den Ausbau kommunaler Demokratie.....	31
3.2 Für ein gleichberechtigtes, solidarisches Miteinander aller Kulturen.....	33
3.3 Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!.....	35
3.4 Für eine kommunale Friedenspolitik.....	37
4. Stadtentwicklung	
4.1 Für eine lebenswerte, soziale Stadt.....	40
4.2 Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten.....	41
4.3 Für eine sozial-ökologische Verkehrswende.....	44
4.4 Kultur für alle.....	47
4.5 Sport ist Lebensqualität.....	48
5. Ökologie	
5.1 Für ein ökologisches Bochum.....	50
5.2 Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt!.....	53
Original sozial – konsequent solidarisch!.....	58

Für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie in Bochum!

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

DIE LINKE in Bochum will soziale Sicherheit für alle und kämpft für eine Stadt der sozialen Gerechtigkeit. Wir streben deshalb eine soziale Umverteilung von oben nach unten an. Gerechte, ausgeglichene Verhältnisse sind auch wichtig zur Stärkung der Demokratie, weil die Verfügung über große finanzielle Mittel auch politische Macht verleiht. Wir finden uns nicht damit ab, dass in unserer Stadt Profitinteressen über die Lebensperspektiven der Menschen gestellt werden. Wo vor allem der Profit regiert, bleibt wenig Raum für Demokratie. Alle müssen am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können und damit auch die Möglichkeit haben, sich an der demokratischen Willensbildung aktiv zu beteiligen, durch die Nutzung von Bürgerentscheiden wie durch die direkte Beteiligung der Betroffenen an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik müssen die Lebensbedürfnisse und Interessen der Mehrheit der Menschen stehen. Die Politik der Liberalisierung und Wettbewerbsorientierung ist deshalb rückgängig zu machen.

DIE LINKE steht für Vielfalt, ein selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung verschiedener Lebensweisen im friedlichen Nebeneinander. Wir entwickeln unsere Politik nach Grundüberzeugungen und sachlichen Kriterien. Wir verkaufen unsere Meinung nicht an Interessengruppen, tauschen sie nicht gegen Posten und orientieren sie nicht an Meinungsumfragen. Die Zukunftsgestaltung von Bochum darf nicht in Parteizirkeln, bürokratischen Verwaltungsrunden oder in der Grauzone so genannter Hinterzimmergespräche mit wirtschaftlich starken Lobbyisten ausgehandelt werden.

DIE LINKE steht für Solidarität statt Vereinzelung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft und eine Gemeinschaft, in denen alle eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Herkunft, Alter, Geschlecht oder Hautfarbe darf kein Hemmnis sein, sondern soll und muss vielmehr im Gegenteil eine Bereicherung der – kulturellen – Vielfalt sein. DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der alle Menschen Bürgerrechte haben, die in der jeweiligen Stadt oder Ort ihren Lebensmittelpunkt haben und es wollen.

Seit der Kommunalwahl 2009 haben wir uns vielerorts erfolgreich gegen weitere Privatisierungen und für kommunale Betriebe, gegen schlechte Bezahlung und für Mindesttarife, gegen Kürzungen im sozialen, kulturellen oder Bildungsbereich und für eine bessere finanzielle Ausstattung eingesetzt. Das wird auch so bleiben: DIE LINKE beteiligt sich unter keinen Umständen an einer Politik, die Stellenabbau, Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert.

Die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland ist nach wie vor dadurch gekennzeichnet, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich immer weiter öffnet. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat im Auftrag der Fraktion DIE LINKE ermittelt, dass die Zahl der Millionäre auf 892.000 gestiegen ist und diese 1,1 % der Bevölkerung über ein Vermögen von 2,38 Billionen Euro und damit über mehr als 36 Prozent des gesamten Vermögens verfügen. Die Anhäufung eines solchen Vermögens in wenigen Händen war einerseits möglich, weil immer mehr

Menschen gezwungen wurden, für Billiglöhne und in prekären Verhältnissen zu arbeiten. Mit Hartz IV wurden Erwerbslose entrechtet. Der Regelsatz reicht zum Leben nicht aus. Andererseits wurden die Steuern für die Reichen gesenkt und auch mit diesem Mittel eine Umverteilung von Arm zu Reich durchgesetzt. Diese Anhäufung des Vermögens bedeutet auch, dass ehemals kollektives Eigentum, über das die Kommunen verfügen konnten, sich heute in privater Hand befindet und dadurch einem demokratischen Entscheidungsprozess weitgehend entzogen wurde.

Die wachsende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich verändert das Leben der Menschen in Bochum. Verarmung und Ausgrenzung sind in unserer Stadt ebenso sichtbar wie der Wohlstand der gut Verdienenden und Reichen. Die brutalen Beispiele von Nokia und Opel zeigen: Wer sich heute noch sicher wähnt, durch Arbeit in einem hoch profitablen Unternehmen sein Auskommen zu haben, findet sich morgen schon als überflüssiges Renditehindernis auf der Straße wieder. Armut ist nicht nur die Folge von Arbeitslosigkeit. Niedriglöhne für volle Arbeit reichen immer häufiger kaum noch für das Existenzminimum eines Einzigen, geschweige denn für den Unterhalt auch nur eines Kindes.

Mit immer neuen Werkschließungen und einer Ausweitung des Niedriglohnsektors droht das Ruhrgebiet sozial abzustürzen. Der viel beschworene Strukturwandel hat nicht gegriffen und besteht lediglich darin, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet werden und Minijobs zunehmen. Eine ganze Region wird arm trotz oder durch Arbeit, denn die Löhne reichen einfach nicht zum Leben.

Bochum ist von diesen Entwicklungen besonders hart betroffen. Die Zahlen sprechen hier eine eindeutige Sprache: In Bochum liegt die aktuelle Armutsgefährdungsquote bei 17,7 Prozent. Unter 71 untersuchten Großstädten wird Bochum auf Rang 52 bewertet. Damit liegt die Stadt im letzten Drittel. In unseren Nachbarstädten sieht es nicht besser aus. Der Paritätische Wohlfahrtsverband spricht daher zu Recht von einem „armutspolitischen Erdrutsch. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass eine ganze Region wie das Ruhrgebiet regelrecht zur Armutszone verkommt.

Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Widerstand entgegen, Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere Politik. DIE LINKE. Bochum wird auch in den kommunalen Vertretungen offen sein für den Protest und die Forderungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihrer Gewerkschaften, der Globalisierungskritikerinnen und -kritiker, der Menschen mit Behinderungen, der Frauenbewegung, der Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Kultur, der Migrantinnen und Migranten. Ihre Ideen und ihr Engagement werden gebraucht. Nur im Zusammenspiel mit außerparlamentarischen Kräften kann DIE LINKE. Bochum im Stadtrat Erfolg haben.

Wir kämpfen in Bochum dafür, dass in unserer Stadt niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Wir werden es nicht akzeptieren, dass die Interessen weniger Besitzender über die Interessen der Mehrheit gestellt werden. Wir stehen für ein neues Modell der Gesellschaft, ein Modell des Miteinanders, der praktischen Solidarität. In Bochum muss die soziale Gerechtigkeit an erster Stelle stehen.

Es lohnt, DIE LINKE zu wählen.

1. Soziale Gerechtigkeit

1.1. Armut in Bochum bekämpfen – Soziale Gerechtigkeit schaffen

Armut grenzt aus, Armut macht krank, Armut ist menschenunwürdig. In Bochum sind über 17 Prozent der Menschen und fast jedes dritte Kind arm. Das führt zur Verarmung ganzer Stadtteile, zu Ghettoisierung und kultureller Verödung. Mit Armut zu leben bedeutet für die betroffenen Menschen den weitestgehenden Ausschluss von sozialer und kultureller Teilhabe: Kino, Kultur- und Sportveranstaltungen bleiben ein Wunschtraum; es fehlt schlichtweg das Geld für nahezu sämtliche Lebensbedürfnisse.

Armut ist jedoch kein unveränderbares Schicksal. Armut ist das Ergebnis einer Gesellschaft, in der die Einen sich an der Arbeit Anderer bereichern. So kommt es, dass die Einen reicher werden, weil die Anderen zu Niedriglöhnen arbeiten, weil sie ihre Arbeitskraft verleihen müssen, weil Hungerrenten ausgezahlt werden! Zum Kapitalismus gehört es dazu, dass eine Minderheit auf Kosten der Mehrheit reich wird.

Die Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in unserer Stadt. In einigen Stadtteilen Bochums leben inzwischen 20 Prozent der Erwachsenen und 40 Prozent der Kinder von Hartz IV bzw. Sozialhilfe. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeitarbeitslose, Rentnerinnen und Rentner sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Ein weiterer dramatischer Aspekt liegt in der Erkenntnis, dass bei steigender Kinderzahl in einer Familie statistisch auch die materielle Armut wächst.

Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen von Hartz IV und der Agenda-Politik von SPD und Grünen geprägt. Hartz IV war ein Generalangriff auf den Lebensstandard von all denen, die arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Nicht nur wurden Millionen Betroffene politisch gewollt zu einem Leben in Armut verdammt. Auch wurde gleichzeitig der Arbeitsmarkt dereguliert, sprich prekäre Arbeitsverhältnisse, Niedriglohnsektor und Leiharbeit per Gesetz ausgeweitet.

Durch Hartz IV und seine Sanktionen können die Menschen seitdem erpresst werden, diese schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnisse anzunehmen. So sind bei der Agentur für Arbeit in Bochum ca. 40% der ausgeschriebenen Stellen Leiharbeitsstellen. Die Agentur für Arbeit ist in Wahrheit eine Agentur für Leiharbeit, und daran verdienen nur die Leiharbeitsunternehmen und die Unternehmen, die sich die ArbeiterInnen ausleihen.

Diese Politik hat auch dazu geführt, dass ein Drittel aller Hartz IV-Beziehenden aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhält, weil der Lohn zum Leben nicht ausreicht. Ebenso wenig reicht heute ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zum Ausstieg aus der Armut, da z.B. bei mehr als der Hälfte, die den Hartz IV-Bezug verlassen, eine Arbeitsaufnahme mit Löhnen unterhalb der Armutsschwelle verbunden ist.

Deshalb fordert die LINKE auf Bundesebene:

- die sofortige Abschaffung von Hartz IV und eine sanktionsfreie Mindestsicherung nicht unter dem Existenzminimum von derzeit 1050 € (incl. Wohnkosten);
- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 10 €;
- einen grundlegenden Richtungswechsel in der Arbeitsmarktpolitik, so dass mit öffentlich geförderten Beschäftigungs- und Investitionsprogrammen endlich wieder Arbeitsplätze geschaffen werden sowie für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, damit sich die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt.

Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten

Für eine wirksame Armutsbekämpfung in Bochum ist es erforderlich, zunächst einmal die kommunalpolitischen Handlungs- und Entscheidungsspielräume in den Blick zu nehmen, da z.B. Hartz IV ein Bundesgesetz ist. Auf kommunaler Ebene bestimmt die Trägerversammlung die Praxis jedes Jobcenters. Die Kommunalvertretungen haben hier die Möglichkeit, z.B. auf die jeweiligen kommunalen Arbeitsmarktprogramme einen (mit-) entscheidenden Einfluss zu nehmen. Ebenso verhält es sich bei den von den Jobcentern massenhaft verhängten Sanktionen, auch da könnte durch die Trägerversammlung in Form eines "Sanktionsmoratoriums" die vom Hartz IV-Regime ausgehende Repression zumindest entscheidend eingedämmt werden. Ebenso bestehen deutliche Handlungsspielräume bei den "Kosten der Unterkunft", die für den größten Teil der Hartz IV-Betroffenen damit verbunden sind, dass sie entweder in zum Teil menschenunwürdigen Wohnverhältnissen leben oder aber durch nicht anerkannte Wohnkosten gezwungen sind, die Differenz zur tatsächlichen Mieten aus dem eh schon zu niedrigen Regelsatz zu bestreiten. So müssen in Bochum die etwa 20.000 Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften Monat für Monat insgesamt mehr als 250.000 Euro vom kargen Regelsatz für die Wohnungskosten abzweigen. Insbesondere hier hat die Politik in Bochum einen alleinigen Handlungs- und Entscheidungsspielraum, in welcher Höhe sie Wohnkosten für Menschen bewilligt, die von Hartz IV oder Grundsicherung leben müssen.

Dafür steht DIE LINKE:

- Perspektivlose und armutsfördernde 1 €-Jobs, Kombilohnstellen und sog. Bürgerarbeit sind bedingungslos einzustellen. Stattdessen sind sozialversicherungspflichtige und tariflich entlohnte Stellen zu schaffen, die ausnahmslos aufstockende Hartz IV-Leistungen überflüssig machen;
- Für die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) benötigt Bochum endlich ein schlüssiges Konzept, welches die tatsächlichen Preise auf dem Mietmarkt sowie den Bedarf nachvollziehbar berücksichtigt, so wie es vom Bundessozialgericht gefordert wird. Wohnen muss auch für Hartz IV Betroffene in weiten Teilen der Stadt möglich sein und nicht nur in Wohnungen unter den üblichen Standards oder in schlechter Lage. Die Repressionen gegen Menschen im Hartz IV Bezug auf Grundlage von willkürlich festgelegten Mietobergrenzen sind unverzüglich einzustellen;

- Der Sozialpass in Bochum ist auszuweiten und auszubauen. Er sollte allen Betroffenen automatisch zugestellt werden und nicht eine aufwendige Beantragung erfordern, welche diskriminierend ist und zu einer niedrigen Nachfrage führt;
- Sämtliche schulischen Angebote und Leistungen werden allen Kindern von Menschen im Hartz IV-Bezug sowie Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, soweit sie nicht über das Bildungs- und Teilhabepaket abgedeckt sind, kostenlos zur Verfügung gestellt;
- Sanktionen gegen Hartz IV Betroffene gehören in Bochum verboten! Die menschenverachtende Sanktionspraxis der Jobcenter wird in Form eines Sanktionsmoratoriums auf kommunaler Ebene ausgesetzt.
- Hartz IV-Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen müssen finanziell unterstützt werden.

Kommunale Vertretungen der LINKEN werden ihr politisches Handeln regelmäßig daran orientieren, mit diesen Forderungen und Positionen ihren Einfluss in den jeweiligen örtlichen Sozialausschüssen, im Rat der Stadt Bochum und insbesondere gegenüber den Kommunalvertretungen in der Trägerversammlung der Jobcenter geltend zu machen

Wir brauchen in Bochum eine ab dem ersten KiTa-Jahr kostenfreie, ganztägige Kinderbetreuung, die den Kindern gleiche Bildungschancen von Beginn an bietet und ihren Eltern die Möglichkeit auf Erwerbstätigkeit gibt. Diese Betreuung darf aber nicht nur der Verwahrung dienen - Kinder haben einen Anspruch auf eine pädagogisch hochwertige Fürsorge.

Zu einem menschenwürdigen Leben gehört es auch, soziale Kontakte zu haben und auch dann aufrecht zu erhalten, wenn man von Armut betroffen ist. Die Möglichkeit, Busse und Bahnen zu nutzen ist hierfür unerlässlich. Wir fordern daher ein kostenfreies Sozialticket für Bochum.

Mit diesem Forderungsprogramm wird Armut in Bochum nicht abgeschafft, da dazu ein grundsätzlicher Politikwechsel auf Bundesebene erforderlich wäre. Das Programm kann jedoch dazu beitragen, die Lebensverhältnisse eines großen Teils der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern.

1.2 Gesundheit ist keine Ware sondern ein Menschenrecht!

Die Gesundheit ist eines der höchsten Güter des Menschen. Die Gesundheitsdefinition der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist Leitbild und Ziel unserer Gesundheitspolitik: „Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen (...).“

Die Gestaltung Bochumer Gesundheitspolitik ist für DIE LINKE Gemeinschaftsaufgabe von Kinder-, Jugend-, Arbeits-, Verkehrs-, Sozial-, Wohnungs-, Umwelt-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig wird beim Personal des Öffentlichen Gesundheitsdienstes gekürzt. Darunter leidet die Qualität z.B. bei Hygieneuntersuchungen. Diese Entwicklungen lehnen wir entschieden ab.

Ein solidarisches Gesundheitssystem kann nur ohne Profitinteresse überleben. Es darf nicht länger möglich sein, dass eine PatientInnenbehandlung mehr dem Gewinn dient, als der Gesundheit der Betroffenen oder dass sie ihnen sogar Schaden zufügt.

DIE LINKE fordert:

- Gesundheit ist keine Ware, sondern staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. Keine Privatisierung des Gesundheitswesens!
- Gesundheitsförderung und Prävention müssen dazu beitragen, die sozialen Ursachen von Krankheiten zu verringern.
- eine umfassende Gesundheitsberichterstattung in Bochum als Planungsgrundlage für die Gesundheitspolitik. Die für die Gesundheitsberichte erforderlichen Daten sollen grundsätzlich geschlechtsdifferenziert erfasst werden.
- die Verbesserung im Bereich Palliativmedizin. Die Bettenzahl ist drastisch zu erhöhen. Die Hospize müssen stärker gefördert werden.
- den Ausbau der Untersuchungen in Betrieben, Schulen und anderen Einrichtungen auf krankmachende Bedingungen und Schadstoffe.
- die Intensivierung schulärztliche Betreuung und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen.
- die Förderung von Programmen zur Versorgung und Sicherstellung der Gesundheit von Personen, die von Armut betroffen sind.
- den Ausbau und die dauerhafte Absicherung der medizinischen Versorgung obdachloser Menschen in Bochum
- die Gewährleistung einer vollumfänglichen gesundheitlichen und medizinischen Versorgung der Flüchtlinge in Bochum.
- die Einrichtung spezieller Programme, um auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen einzugehen. Die Arbeit mit durch Flucht und Kriegsgefahr traumatisierten Menschen und die Hilfe für Frauen, denen Beschneidung und Vergewaltigung widerfahren ist, müssen einen besonderen Stellenwert erhalten.
- den Erhalt und Ausbau psycho-sozialer Dienste und AIDS Beratungsstellen, wie der Bochumer AIDS-Hilfe.
- den Ausbau intensiver Betreuungs- und Integrationsprojekte für Drogenkranke, wie der Krisenhilfe Bochum.

- In Bochum muss der Drogenkonsumraum an einem zentralen Ort in der Stadt dauerhaft erhalten bleiben
- den Ausbau von AIDS-Prävention

1.3 Bildung und Ausbildung: ein universales Menschenrecht

Das deutsche Bildungssystem gehört mit zum selektivsten der Welt. DIE LINKE nimmt es nicht hin, dass Bildungszugang und -erfolg in hohem Maße von sozialer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern abhängig sind. Eine qualifizierte Bildungspolitik ist ein grundlegender elementarer Faktor, der die soziale Entwicklung fördert und zugleich auf das Leben vorbereiten soll.

Frühkindliche Förderung

In Kindertagesstätten lernen Kinder, sie entdecken und knüpfen soziale Kontakte. Deshalb müssen alle, unabhängig von der sozialen Situation der Eltern, ungehinderten Zugang zu Kindertagesstätten haben. DIE LINKE will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen: Stark, frei, selbstbewusst und sozial eingestellt. Das deutsche Bildungssystem trennt Kinder zu früh auf ihren Bildungswegen, ist unzureichend ausgestattet und bewirkt eine soziale Auslese. Das haben spätestens die PISA-Studien belegt. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ist ein weiterer Schritt in die falsche Richtung. Mit ihm werden Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht und das Personal prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Das alles geschieht auf Kosten der Kinder, der Eltern, der Kommunen und vor allem der Erzieherinnen. Bei Kindertagesstätten muss der Bildungsauftrag gestärkt werden. Frühkindliche Förderung schließt für DIE LINKE mit ein, das allen Kindern das aktive Erlernen der Sprache ohne Hürden zu ermöglichen ist.

DIE LINKE tritt ein für:

- einen Rechtsanspruch auf gebührenfreie und wohnortnahe KiTa-Plätze ab dem ersten Lebensjahr und den hierfür erforderlichen Ausbau altersgemischter Kleingruppen;
- bedarfsgerechte und wohnortnahe Spiel- und andere öffentliche Plätze, die den Zusammenhalt fördern, für alle Kinder,
- einen offenen Zugang zur Bildungseinrichtungen für alle
- Betreuungs- und Öffnungszeiten, die eine Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglichen
- die Anhebung der Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher, was insbesondere die Ausbildung an Fachhochschulen, höheren Verdienst und mehr Zeit zur Weiterbildung einschließt

- die Verringerung der Gruppengrößen und eine erhebliche Verbesserung des Personalschlüssels
- gesundes und kostenloses Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen
- eine den Bedürfnissen von Kindern und Erzieherinnen und Erziehern angemessene sächliche Ausstattung der Kitas
- die Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher bei den immer mehr zunehmenden administrativen Aufgaben
- die Unterstützung sowie Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer bei den von der Landesregierung eingesetzten Sprachstandsfeststellungstests, um entsprechenden Förderungsbedarf festzustellen und umzusetzen.

Schulische und berufliche Ausbildung

Vielen Kindern und Jugendlichen wird der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen und Abschlüssen auf Grund ihrer sozialen Herkunft verwehrt. Kinder bzw. Jugendliche aus gut situierten Familien haben große Chancen auf einen qualifizierten Schulabschluss, die Chancen von Kindern aus finanziell schwächeren Familien auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz, sind deutlich geringer. Eine Schule für alle würde die frühe, auch soziale, Selektion der Kinder vermeiden. Daher fordert DIE LINKE eine Schule für alle -längeres gemeinsame Lernen bringt höhere Bildungserfolge! Aber auch die immer weiter steigenden Kosten und die Mehrbelastung der Eltern (durch teure Bücher, Nachhilfe, Klassenreisen etc.) führen zu einer Selektion der Kinder im Bildungswesen. DIE LINKE spricht sich daher für einen Rechtsanspruch auf die Übernahme der Kosten für Schulbücher, Mittagessen und auch eine Einschulungsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien aus. DIE LINKE fordert die völlige Lernmittelfreiheit. Die aktuelle Situation in Bochum, dass mit Glück die Kosten durch den Verein „Förderturm“ übernommen werden und so schon Kinder auf die Mildtätigkeit anderer angewiesen sind, nehmen wir nicht hin und halten sie für untragbar.

Die Zerteilung der Ausbildungsordnung verhindert eine gute Berufsausbildung für alle Auszubildenden. Das führt zu einer Ungleichbehandlung der Auszubildenden und hat einen Qualitätsverlust auf dem Rücken der Auszubildenden zur Folge. DIE LINKE. fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften den Erhalt der dualen Berufsausbildung sowie eine Umlagefinanzierung für nicht ausbildungswillige Betriebe. Wer nicht ausbildet muss zahlen!

DIE LINKE tritt ein für:

- ausreichende Finanzmittel für die Kommunen, damit diese ihren schulpolitischen Aufgaben in vollem Umfang und den Anforderungen entsprechend gerecht werden können;
- einen Rechtsanspruch für Kinder aus prekären Einkommensverhältnissen auf eine Einschulungsbeihilfe, sowie auf kostenfreie Schulbücher und ein warmes Mittagessen. Grundbedarf soll nicht erbettelt werden müssen!

- ein kostenfreies Ticket für Bus und Bahn für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, damit der Schulweg gesichert ist;
- den Erhalt und Ausbau von Ganztagsangeboten und der Schulsozialarbeit;
- eine dem technologischen Stand angepasste Ausstattung der Schulen mit Medienräumen und Schulbibliotheken;
- eine gute und angemessene Sach- und Raumausstattung in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen;
- qualifizierte und angemessen entlohnte Lehr- und Betreuungskräfte.
- weitere Gesamtschulen in Bochum als Regelschule für alle.

Erwachsenen- und Weiterbildung

Die letzten Landesregierungen, egal ob rot / grün oder schwarz / gelb haben im Bildungsbereich massiv gekürzt. Dieses ist der falsche Weg!

DIE LINKE. tritt ein für

- den Erhalt und Ausbau der Bildungsangebote der Volkshochschulen, damit die VHS ihrem Bildungsauftrag auch gerecht werden kann;
- gute Arbeitsbedingungen für Dozentinnen und Dozenten. Die Arbeitsbedingungen der DozentInnen müssen sich an den geltenden Standards und Besoldungsgruppen orientieren. Die Qualität der Kursangebote darf nicht zu Gunsten geringerer Honorarkosten leiden;
- eine Möglichkeit der „Ausbildungsauffrischung“. Menschen, die einige Jahre nicht in ihrem Beruf gearbeitet haben (sei es auf Grund von Erziehungspausen, Krankheit oder Arbeitslosigkeit), sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich durch eine kurze Zusatzausbildung in ihrem erlernten Beruf wieder auf den aktuellen Stand zu bringen. Ein Wiedereinstieg in den Beruf würde so vielen erleichtert!
- dafür, dass alle Betroffenen, die nicht mehr in ihrem bisherigen Beruf arbeiten können, eine zukunftsorientierte Umschulung machen können.

Sponsoring und Privatisierung im Bildungswesen

Die fortschreitenden Privatisierungsschritte in den Kommunen führen dazu, dass immer mehr Menschen vom gleichberechtigten Zugang zu Bildung ausgeschlossen werden. Werbung und Wirtschaft haben Schulen für sich entdeckt. Unter dem Einfluss privatwirtschaftlicher Faktoren (z.B. Sponsoring und der damit oft verbundenen Produktwerbung) auf öffentliche Schulen verlieren öffentliche Schulen ihren zur Neutralität verpflichteten Bildungsauftrag. DIE LINKE fordert eine gerechte, demokratische Bildung und spricht sich gegen jegliche Privatisierungstendenzen im Bildungswesen aus.

Die Weiterbildung ist der inzwischen am stärksten kommerzialisierte Bildungsbereich in Deutschland. Neben den privaten Weiterbildungseinrichtungen sind die allgemein bildenden Privatschulen und private Schulen, die eine Berufsausbildung anbieten, auf dem Vormarsch. Auch hier gilt: Nur wer zahlt, kann sich diese leisten – das ist ein Aushebeln der demokratischen Bildungsangebote.

Wir wollen nicht, dass Kinder und Jugendliche das „Humankapital“ der Wirtschaft werden. Für DIE LINKE ist Bildung keine Ware sondern ein Menschenrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass nicht nur Bund und Land, sondern auch die Stadt Bochum ihrem gesetzlich festgelegten Bildungsauftrag nachkommt und wollen unseren Beitrag dazu leisten.

DIE LINKE lehnt es ab, dass

- Sponsoring die pädagogische Freiheit und die Lehrpläne beeinflusst.
- privatwirtschaftliche Interessen einseitig den schulischen Bildungsauftrag vereinnahmen.
- Produktwerbung und Kommerz zum Alltag in Schulen werden.
- Wissen und Kompetenzen immer mehr daran gemessen werden, inwieweit sie für den Arbeits- und Konsummarkt verwertbar sind.
- Eltern immer stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden, entweder durch Geldleistungen (Klassenkasse, Kopiergelder, Fördervereine), Sachleistungen wie Ausstattung von Klassenzimmern oder Arbeitsleistungen, z.B. Renovierungen von Klassenräumen oder Teilen der Schulgebäude.
- die Bundeswehr an Schulen auftritt und bei Minderjährigen für In- und Auslandseinsätze wirbt.

1.4 Eine gute Zukunft für Kinder und Jugendliche

Für die LINKE. in Bochum gilt: Kinder und Jugendliche haben ein Menschenrecht auf gleiche Teilhabe, gleiche Lebenschancen und gleiche Förderung. Gegen die neoliberale Aufspaltung unserer Gesellschaft ist Kinder- und Jugendpolitik deshalb für uns vor allem Hilfe und Ausgleich für die Benachteiligten. Sie darf nicht am Diktat leerer Kassen scheitern. Wer Leistungen für Kinder und Jugendliche kürzt und Bildungs-, Förderungs- und Freizeitangebote für sie vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängig macht, verbaut nicht nur ihre Zukunft, sondern gefährdet die Zukunft unserer Gesellschaft insgesamt. Die LINKE wird sich entschieden dafür einsetzen, die Kinder- und Jugendpolitik in Bochum auszubauen. Dies hat für uns im Gesamthaushalt der Stadt herausragende Priorität. Kinder- und Jugendhilfe darf nicht kommunalen Leuchtturmprojekten für Wenige zum Opfer fallen.

Für DIE LINKE in Bochum sind deshalb die folgenden Aufgaben, Ziele und Projekte vordringlich:

Alle Bildungseinrichtungen, Kindergärten, Tagesstätten und Schulen müssen mit der städtischen Kinder- und Jugendhilfe sozialraum- und stadtteilorientiert in Netzwerken feste Formen regelmäßiger Zusammenarbeit (Sozialkonferenz) ausbauen. So können Hilfen im Einzelfall möglichst schnell eingeleitet und koordiniert werden. Zum anderen sind Modelle allgemeiner Förderung in den Ganztagsangeboten der einzelnen Bildungseinrichtungen integrativ zu entwickeln, auszubauen und strukturell zu verzahnen, auch unter Einbeziehung der Aktivitäten der Kinder- und Jugendfreizeithäuser und der Vereine.

Größte Priorität hat die Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter. Es darf keine Wartezeiten für hilfebedürftige Kinder in Kindertagesstätten und Therapieeinrichtungen geben. Das Kindertagesstättenangebot für unter 3-jährige ist auszubauen. Anzustreben ist eine Betreuung für alle, die einen Bedarf haben, nicht nur im Interesse der besonders hilfebedürftigen Kinder, sondern auch zur Unterstützung erwerbstätiger Mütter und Väter. Jugendamt, Gesundheitsamt, Kindergärten und Grundschulen entwickeln gemeinsame Konzepte kompensatorischer Förderung und Sprachförderung im Vorschulalter. Die Bildungsarbeit in allen Vorschuleinrichtungen ist von pädagogischem Fachpersonal zu leisten. Vorschulbildung muss wie Bildung insgesamt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe kostenfrei werden.

Gegen die nach wie vor dramatische Jugendarbeitslosigkeit fordern wir nachdrücklich die Erhebung einer Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die sich dieser gesellschaftlichen Pflicht entziehen. Stadt, Wirtschaft und Handwerk sind aufgerufen, in einem Bündnis für Ausbildung den fast 1500 arbeitslosen jungen Menschen hier in Bochum den Weg in eine berufliche Zukunft zu eröffnen. Die Einrichtung von Ausbildungsverbänden kann dabei eine wichtige Hilfe sein. Die Stadt Bochum, ihre Wirtschaftsunternehmen und Eigenbetriebe müssen mehr ausbilden als bisher und dabei auch für diejenigen Ausbildungsplätze anbieten, die es besonders schwer haben, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Wir fordern eine höhere Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltung über den Bedarf hinaus; Praktikums-Vergütungen in städtischen Betrieben und Einrichtungen. Zur Ermittlung des aktuellen Bedarfs muss endlich ein Personalentwicklungskonzept her, damit die Fluktuationen in den nächsten Jahren nicht zu Lasten der Beschäftigten und der Leistungskraft der Verwaltung gehen.

Die wachsende Hilfebedürftigkeit benachteiligter Kinder, die unerlässliche Pflicht des genauen Hinschauens und konsequenten Helfens, aber auch der weitere Aufbau vernetzter Strukturen einer ambitionierten Kinder- und Jugendhilfepolitik erfordern die weitere Aufstockung des Personals im Sozialen Dienst des Jugendamtes. DIE LINKE tritt für eine strukturelle und langfristige Verbesserung der Versorgungssituation im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie ein.

Ein flächendeckendes Angebot von Kinder- und Jugendfreizeithäusern in Bochum darf auch in Zeiten kommunaler Sparpolitik weder in der Personal- noch Sachausstattung eingeschränkt werden. Kinder und Jugendliche brauchen wohnortnahe Freiflächen, Spiel- und Sportplätze für Freizeitaktivitäten auch außerhalb von Vereinsstrukturen. Das muss wieder ein Schwerpunkt der Kinder- und Jugendpolitik in Bochum werden.

Kultur – eigene Betätigung wie die Teilhabe am kulturellen Leben – gehört zum Leben von Kindern und Jugendlichen. Eigene kulturelle Jugendinitiativen sind besonders zu fördern. Kulturelle Teilhabe darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen, für arme Kinder muss sie einschließlich notwendiger Fahrtkosten kostenlos sein. Die kulturellen Einrichtungen der Stadt sind aufgerufen, Jugendkulturprojekte zu entwickeln und auszubauen und insbesondere die Kinder und Jugendlichen dafür zu begeistern, die ihnen traditionell bisher noch fern stehen. Das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ ist dafür ein gutes Beispiel: Für arme Kinder darf es nach dem ersten kostenfreien Jahr nicht daran scheitern, dass ihre Eltern Beiträge nicht bezahlen können.

Zur Finanzierung zusätzlicher Angebote des Schullebens (z.B. Klassenfahrten, Ausflüge, Theaterfahrten, Freizeiten) sind den Schulen in ihrem Etat für arme Schülerinnen und Schüler ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Teilnahme bedürftiger Kinder darf nicht von privater Mildtätigkeit Einzelner oder der Finanzkraft von Fördervereinen abhängen.

Der Erhalt von Freiflächen als zwanglose Treffpunkte und Lernorte sowie die partizipative Planung und Gestaltung von Spielflächen durch Kinder und Jugendliche muss gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang fordern wir die Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume.

Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, was ihre wirklichen Bedürfnisse und Wünsche sind. Wir setzen uns deshalb in Bochum für verschiedene, auf den jeweiligen Entwicklungsstand abgestimmte Beteiligungsformen ein. Die Vertretungen der Schülerinnen und Schüler müssen gestärkt, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung durch verbesserten Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Medien und die gezielte Förderung von Kinder- und Jugendmedien erweitert werden. Die Arbeit des Stadtjugendringes und der Jugendverbände als Betätigungsfeld für Eigeninitiative, Selbständigkeit und demokratischen Willensbildung ist nachhaltig zu fördern.

Demokratische Jugendkultur wehrt sich entschieden gegen alle neofaschistischen Versuche, die jungen Menschen in unserer gespaltenen Gesellschaft ausgrenzend und rassistisch gegeneinander aufzuhetzen. Versuchungen neofaschistischer und rassistischer Alltagskulturen dürfen in Bochum keine Chance gegen das solidarische, demokratische, weltoffen antirassistische und antifaschistische Lebensgefühl der jungen Menschen in Bochum haben, das für unsere Kinder- und Jugendpolitik Ziel und Orientierung bedeutet.

Wir fordern Anti-Gewaltarbeit an Schulen und Jugendeinrichtungen, z.B. Projekte gegen Rassismus und Homophobie.

1.5 Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen wie der anhaltende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen, Sexismus und Menschenrechtsverletzungen verweisen auf Herrschaftsstrukturen, die es zu überwinden gilt. Gleichstellung allein reicht uns nicht. Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird.

Vielfalt der Lebensweise

Frauenpolitik betrifft für DIE LINKE alle politischen Bereiche. Öffentliche Leistungen werden von Frauen und Männern unterschiedlich in Anspruch genommen, und auch die Anforderungen an kommunale Angebote unterscheiden sich häufig zwischen den Geschlechtern. Bei der Stadtplanung in Bochum ist auf frauenspezifische Bedürfnisse genauso zu achten wie bei der gesundheitlichen Versorgung oder dem Öffentlichen Personen-Nahverkehr. Gleichzeitig hält DIE LINKE spezielle Beratungs- und Unterstützungsangebote zum Ausgleich bestehender Nachteile für dringend erforderlich. Dabei ist es unerlässlich, die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen zu beachten. Frauen sind nicht alle gleich: Sie sind jung/alt, Lesben/Heterosexuelle, Musliminnen/Christinnen, Ehefrauen/Singles, (allein erziehende) Mütter/Kinderlose, sie haben die unterschiedlichste Herkunft, Bildung und finanzielle Möglichkeiten. So vielfältig die Lebenswirklichkeit von Frauen ist, so vielschichtig muss Frauenpolitik sein.

Vorbild Stadt Bochum?

Auch in den politischen Entscheidungsprozessen muss das Mitspracherecht der Frauen ausgeweitet werden. Der Bochumer Frauenbeirat hat nur beratende Funktion und damit wenig politisches Gewicht. Ein Frauenausschuss hingegen hätte eigene Entscheidungsbefugnisse. Vor allem in Haushaltfragen könnte das sehr von Vorteil sein.

Quoten sind ein Mittel und kein Ziel, um die paritätische Beteiligung von Frauen zu sichern. DIE LINKE fordert Frauenquoten – nicht nur in Vorstandsetagen. Alle Politikbereiche haben ihren Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit zu leisten. Die Frauenerwerbsquote in gut entlohnten, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ist zu steigern.

Zeit, Geld und soziale Garantien für ein gutes Leben

Auf dem Spielfeld der neoliberalen Globalisierung werden weltweit immer mehr Menschen ins gesellschaftliche Abseits gestellt. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Das betrifft Frauen und Männer aber nicht gleichermaßen, den Frauen verdienen im Durchschnitt wesentlich weniger als Männer und befinden häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Ein selbstbestimmtes Leben erfordert eine andere Verfügungsmacht über die vorhandene Zeit: für Erwerbsarbeit, für die Familie, für Bildung und kulturellen Austausch, für politische Einmischung, für ausreichende Erholung und Zeit für sich selbst. Das setzt ein entsprechendes Einkommen, das ein würdevolles Lebens sichert, ebenso wie ein anderes Gesellschaftsmodell voraus. Der sofortige und dauerhafte Einstieg in eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten ist durch konkrete politische Maßnahmen zu gewährleisten. Eine Neubewertung lässt sich nachhaltig anschieben durch eine neue Verteilung aller bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Erwerbslosen und Vollzeitbeschäftigten. Ein erster Schritt ist eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf zunächst 30 Wochenstunden hin zu einer kürzeren Vollzeit und einer langen Teilzeit. Dabei ist nicht nur der volle Lohnausgleich, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bezahlung zu sichern

Unterstützung vor Ort

Ein dezentrales Beratungs- und Bildungsangebot wäre wünschenswert. Davon sind wir jedoch in Bochum weit entfernt. Die bestehenden Beratungseinrichtungen sind meist im Innenstadtbereich angesiedelt und kämpfen oftmals ums Überleben, das Frauengesundheitszentrum existiert nicht mehr. Während die Kosten und der Beratungsbedarf (z.B. durch die Einführung von Hartz IV) steigen, stagnieren die städtischen Zuschüsse. Häufig arbeiten die Frauen in den Beratungsstellen ehrenamtlich oder unter prekären Arbeitsbedingungen (wenige Stunden pro Woche auf Honorarbasis). Auf Dauer lassen sich Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ehrenamtlich nicht aufrechterhalten. Irgendwann ist die Luft raus. So erging es vor vielen Jahren dem Bochumer Notruf für Frauen und Mädchen, der dann seine Arbeit einstellte. Aber auch die Beratungsstellen mit bezahlten Kräften sind meist überlastet und das über Jahre hinweg. Die Beratungsstruktur ist unbedingt zu erhalten und auszubauen. Dabei muss die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt werden. Allein durch fehlende Sprachkenntnisse können sie zum Teil die bestehenden Angebote nicht nutzen. Zusätzliche Sprachkurse (außerhalb der Einbürgerungsmaßnahmen) müssen angeboten werden. Auch das Angebot für Mädchen ist auszuweiten. Mädchen suchen Frauenberatungsstellen wenig auf. Diese sind aus ihrer Sicht Erwachseneneneinrichtungen. Eine Mädchenberatungsstelle, die für alle Lebenslagen ansprechbar ist, Freizeitaktivitäten anbietet und als Treffpunkt dient, wäre ein toller Fortschritt für Bochum.

Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen gehört in Deutschland leider zum Alltag. 40 Prozent sind schon einmal Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt geworden. 25 Prozent haben mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren Lebenspartner erlitten. 13 Prozent wurden Opfer von sexueller Gewalt. Gewalt wird in den meisten Fällen von Tätern aus dem persönlichen Umfeld verübt, häusliche Gewalt ist ein weit verbreitetes Problem, das wenig nach außen dringt. Das Bochumer Netzwerk gegen häusliche Gewalt ist ein guter Ansatz, die verschiedenen AkteurInnen mit einander zu vernetzen und mehr Öffentlichkeit herzustellen. Die in diesem Bereich aktiven Beratungsstellen leiden jedoch besonders unter Personalmangel und fehlenden Sachmitteln. Angebote für Mädchen gibt es so gut wie gar nicht. Das muss sich ändern.

DIE LINKE. Bochum tritt ein für:

- Erhalt und Ausbau des Bochumer Frauenhauses, besondere Förderung und den Erhalt von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen und Mädchen.
- die Förderung eines selbstverwalteten Frauen-Gesundheitszentrums
- besondere Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen u.a. bei der Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall
- die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen und den Ausbau der Kinderbetreuung vor allem bei den unter 3jährigen
- die Motivation männlicher Beschäftigter des höheren Dienstes bis zur Leitungsebene für Teilzeitregelungen
- die Umsetzung des Frauenförderplans der Stadt Bochum und Ausweitung auf die städtischen Gesellschaften
- den Ausbau des Beratungs- und des Sprachkursangebots für Migrantinnen sowie des Übersetzungsdienstes
- die Verbesserung des ÖPNV, Abbau von Angst-Räumen, z.B. in U-Bahnhöfen und Parkhäusern Ausbau und Unterstützung dezentraler Bildungs- und Beratungsangebote
- Einrichtung eines Frauenausschusses mit Beteiligungs- und Kompetenzrechten gegenüber Rat, Bezirksvertretungen und Verwaltung
- kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Menschen in finanziellen Notlagen
- Dauerhafte Fortführung und Förderung von Beratungen für SexarbeiterInnen

Homophobie und Ausgrenzung von LSBT*I (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Intersexuelle) bekämpfen

Viele dieser Forderungen helfen nicht nur Frauen, sondern auch den Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam angegriffen werden. Wissenschaftliche und statistisch belastbare Studien belegen, dass die Offenheit und Aufgeklärtheit an Schulen über homosexuelle Partnerschaften und Lebensweisen stark rückläufig sind. „Schwuchtel“, „schwule Sau“ oder „Tunte“ werden wieder vermehrt als Schimpfwörter benutzt. Zeitgleich nehmen die Angriffe und Übergriffe auf nicht heterosexuell lebende Menschen zu, ebenso die Suizide bei jungen Menschen, die über das Internet zwangsgeoutet werden.

Noch immer haben LSBT*I gesetzlich nicht die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie heterosexuelle Menschen. Wir, DIE LINKE, kämpfen für eine echte Gleichstellung aller Partnerschaften und Menschen. Niemand darf aufgrund seiner Sexualität diskriminiert werden. Damit das aber klappt, bedarf es dringender Aufklärung und Hilfen in der Bevölkerung. Wir wollen, dass Aufklärungsarbeit schon in der Schule stattfindet, da, wo die Vorurteile ihren Nährboden finden. Wir wollen, dass homo- oder bisexuell fühlende Jugendliche Hilfe in der Schule oder Kommune finden, Hilfe, die auch den Eltern der Jugendlichen zur Verfügung stehen muss. Ein gutes Beispiel gibt hier das bereits gut laufende Projekt „SchLAu“ in Bochum. Dies soll gefördert werden. Rat- und Hilfesuchende benötigen eine breite Vertrauensbasis. ExpertInnen, die von außen an die Schulen kommen, können diese oft besser herstellen.

DIE LINKE will:

- eine qualifizierte Weiterbildung von Ansprechpartnerinnen und Vertrauenslehrkräften in Schulen und Berufsschulen;
- eine Coming-out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung von sexueller Vielfalt und Selbstbestimmung. LLBT*I-Menschen sollen die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie Heterosexuelle haben.
- Jugendlichen durch qualifizierten Unterricht die Möglichkeit geben, sich ein authentisches und eigenes Bild zu machen, Stereotype auszuräumen, und somit den Abbau von Diskriminierung und Mobbing fördern. Dies gilt für Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren und anderen Bildungseinrichtungen im kommunalen Bereich;
- finanzielle und personelle Absicherung kommunaler Beratungsstellen. Es müssen Lösungen für Probleme im Bereich von Coming out, Gewaltübergriffen, Mobbing und ähnlichem bereitgestellt werden
- die Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule.

1.6 Altern in Würde und sozialer Sicherheit

Für ein selbstbestimmtes Altern in Würde: Auch in Bochum nimmt die Zahl älterer Menschen deutlich zu. Inzwischen ist mehr als ein Viertel der Bochumer Bevölkerung älter als 60 Jahre. Ziel einer aktiven kommunalen Seniorenpolitik muss sein, die volle Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben in Bochum zu gewährleisten. DIE LINKE wendet sich gegen alle Versuche, unter dem Schlagwort der "Generationengerechtigkeit" Alte und Junge gegeneinander auszuspielen. Die meisten Älteren sind aktiver Teil der städtischen Gemeinschaft. Sie nehmen teil und wirken mit. Viele von ihnen wollen dauerhaft, auch im Alter, selbstständig in ihren bisherigen Wohnungen leben und an den gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Aktivitäten in der Stadt teilnehmen. Das unterstützen wir.

Oberstes Ziel kommunaler Politik muss es sein, auch älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben dieser Stadt muss gewährleistet werden. In Verkehrs- und Bauplanung ist auf ihre besonderen Bedürfnisse einzugehen. Dabei sollen die älteren Menschen unmittelbar mitentscheiden. Der erste Schritt, um die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren zu verbessern und gleichzeitig die Einbringung ihrer Anliegen in die kommunale Politik zu gewährleisten, ist die Stärkung des Seniorenbeirates. Wir wollen den Seniorenbeirat mit umfassenden Beratungsmöglichkeiten und der Entscheidung über einen festen Katalog an Fördermaßnahmen für Seniorinnen und Senioren sowie ein eigenes Budget ausstatten. Die Mitglieder des Seniorenbeirates sollen in direkter Wahl von den Bochumer Bürgerinnen und Bürgern, die über 60 Jahre alt sind, gewählt werden.

Seniorinnen und Senioren sollen die Möglichkeit haben, weiter in ihrem Stadtteil zu wohnen und sich sicher und ohne Barrieren in der Stadt zu bewegen. Die kommunale Wohnungsbaupolitik steht vor der Herausforderung, einen geeigneten Senioren gerechten Wohnraum zu schaffen. Hier ist insbesondere die VBW gefordert. Dabei sind neue Wohnformen, wie z. B. Seniorenwohn- und Hausgemeinschaften, integrierte Wohnanlagen und Mehrgenerationenwohnungen, sowie eine Vernetzung mit bei Bedarf abrufbaren Hilfesystemen (weiter) zu entwickeln. Hierdurch wird die Selbstständigkeit älterer Menschen erhalten und gestärkt.

Im Alter bekommt der Wunsch nach Mobilität eine neue Dimension. Die Fortbewegung mit Bus und Bahn, zu Fuß oder mit dem Rad nimmt eine immer größere Rolle ein. Wir wollen die Verkehrssicherheit für ältere Menschen durch angemessene Fuß- und Radwege, Querungshilfen und einen sicher fließenden Verkehr erhöhen. Wohnstraßen sollen vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Bei der Weiterentwicklung des Konzeptes für Busse und Bahnen müssen die Belange der älteren Menschen stärker berücksichtigt werden. Ob es um die Vernetzung der verschiedenen Strecken geht, mit den jeweiligen Umsteigezeiten, um Ruhebänke oder schlicht und einfach den Zugang zu Bussen und Bahnhöfen – die Planung muss den berechtigten Belangen von SeniorInnen entsprechen. Fahrplaninformationen müssen einfacher verständlich werden als bisher.

Die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren müssen sich auch in der Stadtplanung niederschlagen. Von der Nahversorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen über wohnortnahe Grünflächen zum Spazieren gehen bis hin zu

erhöhten Ansprüchen an Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine Verbesserung der Situation vor allem in den dicht bebauten Wohnquartieren dringend notwendig.

Ältere Menschen sind in hohem Maße an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten interessiert. Die Teilhabe an der modernen Wissensgesellschaft darf nicht auf junge in der Ausbildung oder im Beruf stehende Menschen beschränkt bleiben. Die Volkshochschule soll deshalb stärker als bisher den (Erst-)Zugang und das Erlernen der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (Internet) für ältere Menschen ermöglichen.

Die demografische Entwicklung bedingt auch, dass es nicht nur mehr aktive Junge, sondern auch mehr gebrechliche und pflegebedürftige ältere Menschen gibt. Auch erhöhte Pflegebedürftigkeit darf nicht den Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben bedeuten. Kommunale Wohnungspolitik muss auch die Voraussetzungen für häusliche Pflegemöglichkeit schaffen. Wenn Menschen alters- oder krankheitsbedingt dennoch nicht häuslich gepflegt werden können oder wollen, müssen kleine kommunale Wohneinheiten geschaffen werden. Ein Wechsel der Wohnform (eigene Wohnung, Wohngruppen, Heimunterbringung) muss jederzeit selbstbestimmt möglich sein.

Der Neubau der städtischen Alten- und Pflegeheime ist ein wichtiger Schritt zur Gewährleistung eines zeitgemäßen, qualitativ hochwertigen Angebots in öffentlicher Trägerschaft. Bei der Neugestaltung der Alten- und Pflegeheime ist besonders zu berücksichtigen, dass der Anteil von Pflegebedürftigen nichtdeutscher Herkunft ständig wächst. Sprachbarrieren müssen beseitigt werden, in kommunalen Senioreneinrichtungen ist auf die spezifischen Lebens- und Essgewohnheiten von Menschen mit Migrationshintergrund einzugehen.

DIE LINKE tritt ein für:

- Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld
- Begegnungs- und Versorgungsangebote in erreichbarer Nähe
- bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen, insbesondere durch die VBW
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammen wohnen können
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV
- Stärkung der Mitwirkung älterer Menschen durch Aufwertung des Seniorenbeirats
- Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige
- qualitativ hochwertige Pflegeangebote in öffentlicher Trägerschaft und das Recht, auf Wunsch ein Einzelzimmer in einer Altenpflegeeinrichtung zu bekommen

- Weiterentwicklung des Bochumer Netzwerkes Palliativmedizin und des Hospizangebotes
- Die Schaffung von angemessenen, diskriminierungsfreien Seniorenbegegnungsstätten und Wohnprojekten für Schwule und Lesben.

1.7 Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Noch immer werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Laut Grundgesetz darf niemand wegen seiner/ihrer Behinderung benachteiligt werden. Zwar wurde vieles in den letzten Jahren geändert, jedoch ist das grundgesetzlich verbrieftete Recht auch in Bochum noch immer nicht konsequent umgesetzt.

DIE LINKE unterstützt das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in Bochum ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport. Angesichts dessen, dass in NRW mehr als eine halbe Million Menschen mit anerkannten Behinderung leben und allein im Bezirk der Arbeitsagentur Bochum über 1600 arbeitslose Schwerbehinderte gemeldet sind, fordert DIE LINKE – auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention – die eingeschränkte Zugänglichkeit von öffentlichen und privaten Räumen abzubauen. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderung, ob jung oder alt, eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens in Bochum zu ermöglichen.

Dafür steht DIE LINKE:

- Die Umsetzung der UN-Konvention “Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene.
- Es sollen ab sofort keine neuen Barrieren errichten werden. Bestehende Barrieren jeglicher Art in allen Lebensbereichen sind energisch abzubauen. Dabei sollten spürbare Sanktionen bei Zuwiderhandlung, aber auch Investitionsprogramme oder Fördermöglichkeiten vereinbart werden
- Öffentliche Investitionen und die Vergabe von Fördergeldern sind an dem Kriterium der Barrierefreiheit auszurichten.
- für Barrierefreiheit von Kommunikations- und anderen Diensten
- für die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum in urbaner Lage und guter Anbindung an alle in Frage kommenden Versorgungseinrichtungen.
- Für den Abbau von Heimstrukturen, in denen behinderte oder alte Menschen in Isolation leben, z.B. durch den Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in zentraler Lage.
- In Bochum muss sichergestellt sein, dass Informations- und Kommunikationsdienste, insbesondere aber Notdienste barrierefrei nutzbar sind.

- Die Weiterentwicklung wirksamer Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen in versicherungspflichtige, reguläre Arbeitsverhältnisse.
- Sondereinrichtungen wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sollen die dort tätigen Menschen auf reguläre Beschäftigung vorbereiten. DIE LINKE will verhindern, dass diese Menschen auf Dauer als billigste Arbeitskräfte an die Werkstätten gebunden werden
- Wer als Schwerbehinderter oder Kranker den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen kann, soll in den Genuss einer kostenfreien individuellen Beförderung kommen.
- Menschen mit Behinderungen muss in den öffentlichen Verkehrsmitteln ausreichend Platz zur Verfügung stehen; geboten ist ein Begleitservice.
- Behinderte AutofahrerInnen müssen ihren Bedürfnissen entsprechend Parkplätze (7,5 m x 2,5 m) im Bochumer Stadtgebiet vorfinden, Aufstockung der Anzahl der Behindertenparkplätze von bisher 164 auf 300.
- Für die knapp 1.000 arbeitslosen Schwerbehinderten (Agenturbezirk Bochum) im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 und 55 Jahren ist auf eine Erhöhung der Mindestbeschäftigungsquote hinzuwirken.

Inklusion im Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung

Eine aus Kostengründen inkonsequent durchgeführte Inklusion lehnen wir ab. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung ist ein Menschenrecht und muss in Bochum vollumfänglich gewährleistet werden.

In den inklusiven Schulen sind daher hinreichend materiell-sächliche sowie geeignete räumliche Bedingungen zu gewährleisten; jede Inklusionsklasse muss tendenziell über zwei Räume verfügen können. Die Schulen müssen über finanzielle Mittel verfügen können, die Kosten für Schülerinnen Transporte, Lehr- und Lernmittel, InklusionshelferInnen und medizinisch-therapeutisches Personal decken.

Wir fordern

- auf landespolitischer Ebene eine durchgehende personelle Doppelbesetzung (Vier-Augen-Prinzip); wobei die inklusiven Klassen nicht mehr als zwanzig SchülerInnen umfassen sollen.
- Bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige persönliche Assistenz in jeder Lebenslage und -phase sowie in jedem gesellschaftlichen Zusammenhang;
- Für eine reibungslose und personenorientierte Leistungserbringung eine flächendeckende, sozial und inklusiv ausgestaltete Infrastruktur, einschließlich unabhängiger Beratung, zu errichten.

- Die Kommunen müssen Inklusionsbeauftragte ernennen, die in allen Fragen der örtlichen Daseinsvorsorge und Gestaltung gehört werden müssen. Die Verwaltungen sollen amtsübergreifende Inklusionsteams bilden und die notwendige Qualifizierung ihrer Beschäftigten sicherstellen.
- Die Organisation und Vertretungen der Menschen mit Behinderungen müssen gehört und ihre Anliegen vor Ort berücksichtigt werden
- die Bildung von Beiräten für Menschen mit Behinderungen in Bochum und die Einbindung des Beirats in die Planung aller kommunaler Bauvorhaben.
- die Berufung von ausschließlich für die Belange von Menschen mit Behinderung zuständigen Beauftragten. Bei der Besetzung dieser Position sind Personen mit Behinderung unbedingt zu bevorzugen.

2. Wirtschaft

2.1 Fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Linke Politik stellt die grundlegenden Bedingungen, Handlungszwänge und Ziele des kapitalistischen Wirtschaftens in Frage. Wirtschaftlicher Strukturwandel und neoliberale Politik haben in den vergangenen Jahrzehnten dazu beigetragen, dass auch in Bochum ein massiver Arbeitsplatzabbau im Industriesektor stattgefunden hat, der nicht annähernd durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze kompensiert werden konnte. In Bochum ist fast jede/r Fünfte von Armut bedroht (Armutbericht des Paritätischen 2013). Es werden von diesem Trend inzwischen ganze Stadtteile erfasst, dies geht einher mit einem Abbau sozialer und kultureller Einrichtungen in diesen Vierteln.

Darüber hinaus betrachtet DIE LINKE eine verlässliche und bezahlbare Grundversorgung der Bevölkerung in den wichtigen Bereichen (Energie, Wohnen, Nahversorgung, Kulturangebote) als demokratische, öffentliche Aufgabe, die grundsätzlich von kommunalen Betrieben zu leisten ist. Kommunale Betriebe und Betriebe mit starker öffentlicher Beteiligung dürfen deshalb nicht als „Melkkühe“ für den Stadthaushalt wirtschaften, sondern müssen dem Auftrag der Daseinsvorsorge folgen. Sie haben sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren, sie sind transparent zu organisieren, sie sollen demokratisch kontrolliert werden und sind personell und finanziell angemessen auszustatten.

Neoliberale Politik und das falsche Dogma „Privat vor Staat“ haben dazu geführt, dass im Öffentlichen Dienst und in kommunalen Betrieben ein erheblicher Stellenabbau erfolgte, so dass seit 1990 mehr als 50% aller sogenannter Normalarbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor abgebaut wurden.

Wirtschaftspolitik muss Beschäftigungspolitik sein!

Die Entwicklung der Wirtschaft verläuft nicht zum Vorteil unserer Stadt. Wie die Beispiele von Nokia und BenQ sowie in jüngster Zeit Outokumpu und Opel gezeigt haben, vollziehen sich Arbeitsplatzabbau, Massenentlassungen und Werksschließungen jenseits jeglicher politischer und demokratischer Kontrolle. Wenn die Opel Werke in Bochum 2014 geschlossen sind, fallen neben diesen Arbeitsplätzen weitere tausende in Bochum und Umgebung in der Zulieferindustrie weg. Die Ansiedlung neuer industrieller Arbeitsplätze an den Standorten Laer und Werne ist notwendig, um diesen herben Schlag für Bochum zumindest abzumildern.. Die Stadt Bochum muss in der Gesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ die Federführung übernehmen. Die geplante Vermarktung der Opel-Flächen darf nicht den Profitinteressen des GM Konzerns untergeordnet werden. Bis „Bochum Perspektive 2022“ greift, müssen die Beschäftigten und ihre Familien eine echte Perspektive für die Zukunft haben.

Der Wirtschaftsförderung sind auch in Bochum enge Grenzen gesetzt. Sie wird die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft in einen schmalen wohlhabenden Bevölkerungsteil und die große Masse der Menschen, die vom

„Strukturwandel“ abgehängt sind, nicht stoppen können. Wachsende, stagnierende und krisenhafte Branchen driften auseinander. Der Abwärtstrend am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Der falsche Weg ist ein Dumpingwettbewerb der Städte um die niedrigsten Gebühren und Unternehmenssteuern.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine Wirtschaftsförderung, die am Gemeinwohl orientiert ist. Die Ausgliederung und Aufspaltung der Wirtschaftsförderung muss rückgängig gemacht werden.
- Zuwendungen und Leistungen an private Unternehmen müssen an verpflichtende, einklagbare Arbeitsplatzzusagen gekoppelt werden. Die Leistungen sind zurückzufordern, wenn die Zusagen nicht eingehalten werden.
- Wirtschaftsförderung darf sich nicht in der Ansiedlung weiterer Einkaufszentren wie dem geplanten ECE-Center auf dem Gelände des jetzigen Landgerichts erschöpfen. Das Wuchern der riesigen Einkaufspaläste führt dazu, dass sich die Stadt selbst „kannibalisiert“, denn wo soll die Kaufkraft für die Neueröffnungen herkommen, wenn sie nicht nachher bei anderen Geschäften fehlt? Dagegen wird viel zu wenig getan für die Nahversorgungsstrukturen in den anderen Stadtteilen. Dabei sind diese für weniger mobile Menschen (aufgrund von Alter, familiärer Lage, Behinderung oder Einkommenssituation) unverzichtbar.
- Die gewerbliche Flächennutzung muss an die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden werden. Flächenverbrauch für automatisierte Lagerhallen ohne ArbeitnehmerInnen ist ein Weg in die Sackgasse. Dies gilt insbesondere für die Opel-Flächen. Stadtentwicklung, die nur auf Arbeitsplätze mit geringer Wertschöpfung und prekären Beschäftigungsverhältnissen orientiert, lehnen wir ab. Vorrang sollte die Schaffung produktiver Arbeitsplätze haben, welche sich positiv auf Zulieferindustrie auswirken und so weitere Arbeitsplätze schaffen.
- Die Wirtschaftsförderung darf sich nicht an den Profit-Interessen einzelner Unternehmen orientieren, sondern am allgemeinen Entwicklungsinteresse der Stadt. Sie ist für uns vor allem die Förderung von nachhaltiger, sinnvoller und existenzsichernder Beschäftigung – von guter Arbeit.
- Die Kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort und den niedrigsten Gewerbesteuersatz für die Ansiedlung von Investoren zielen. Wir sind für die regionale Zusammenarbeit von Landkreisen und Kommunen zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen, für Kooperation und Zusammenarbeit über Stadtgrenzen hinweg. Dazu zählt auch, dass sich Kommunen bei Ansiedlungen von Unternehmen Gewerbesteuern in den ersten Jahren teilen können.

Den öffentlichen Dienst stärken

Die Stadt Bochum zusammen mit ihren Tochter- und Beteiligungsunternehmen ist bei Weitem die größte lokale Arbeitgeberin. Entsprechend hoch ist ihre Verantwortung für die Beschäftigung vor Ort. Doch in Wirklichkeit ist die Ideologie des „schlanken Staates“ mit dem Austrocknen der Gemeindefinanzen und unablässigem Sparen an öffentlichen Dienstleistungen eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit. Kommunale Rationalisierungsprojekte dürfen nicht noch mehr Arbeitslosigkeit erzeugen. Dagegen sind gemeinwirtschaftliche Betriebe in kommunaler Hand breit auszubauen. Deren Betriebsformen müssen volle demokratische Kontrolle durch den Rat und seine Ausschüsse sowie durch die Belegschaften gewährleisten.

Die Kommunen müssen sowohl gegenüber „ihren“ Beschäftigten als auch bei der Auftragsvergabe und im Bereich der Wirtschaftsförderung vorbildlich operieren. Dazu gehört, dass sie menschenwürdige, existenzsichernde „gute“ Arbeit fördern statt Mini-Jobs, Niedriglöhne und Leiharbeit.

Eine fortschrittliche Kommunalpolitik muss dafür eintreten, dass nicht nur jeglichem Personalabbau im Öffentlichen Dienst eine konsequente Absage erteilt wird, sondern im Gegenteil die Forderung erheben, mehr Beschäftigung durch den Ausbau kommunaler Dienstleistungen zu schaffen. Dem Öffentlichen Dienst kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil er privaten Gewinninteressen entzogen ist und grundsätzlich über die kommunalen Gremien einer demokratischen Gestaltung unterliegt. Dafür ist es notwendig, dass mit einem kommunalen Beschäftigungs- und Investitionsprogramm die soziale Infrastruktur in unseren Städten und Gemeinden verbessert wird:

DIE LINKE sagt klar:

- Stärkung des öffentlichen Dienstes als des größten Arbeitgebers und im Interesse der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Personalabbau in der Bochumer Verwaltung durch die Personalkostenbudgetierung und in städtischen Tochterunternehmen ist zu stoppen.
- Der Arbeitgeber Kommune muss Vorbild sein. Stopp mit dem Lohndumping in kommunalen Tochter- und Beteiligungsunternehmen. Keine Spaltung der Belegschaften durch Ausgliederung von Personal in Service-Gesellschaften. Keine Tariffucht in der kommunalen Verwaltung und den Beteiligungsunternehmen.
- Arbeitszeitverkürzung bekämpft Arbeitslosigkeit. Der öffentliche Dienst muss Vorbild für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sein.
- DIE LINKE ist sich mit den Sozialverbänden, Gewerkschaften und vielen weiteren gesellschaftlichen Kräften einig, dass öffentlich geförderte Beschäftigungs- und Investitionsprogramme eine wirksame Alternative zur gegenwärtigen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung ist. Neue Beschäftigungsverhältnisse sind sozialversicherungspflichtig, tariflich bezahlt und grundsätzlich unbefristet einzurichten.

- Die Vergabe öffentlicher Aufträge darf sich nicht nach dem Prinzip „Der Billigste erhält den Zuschlag“ richten. Sie muss vielmehr an Regeln gegen Lohndumping und gegebenenfalls Auflagen wie z.B. eine bestimmte Ausbildungsquote, vorhandener Betriebsrat und ökologisch nachhaltige Produktionsweise gebunden werden.
- Wir sind für eine Ausbildungsoffensive der Landkreise und Städte, die sich an der vom DGB geforderten Ausbildungsquote orientiert. Jahr für Jahr brechen Unternehmen ihre eigenen Zusagen, was die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen angeht. Die Stadt Bochum und die kommunalen Unternehmen müssen hier Beispiel sein: Sie müssen deutlich über Bedarf ausbilden.
- DIE LINKE sagt klar: Die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ist immer abzulehnen.

2.2 Öffentliche Unternehmen - Öffentlich, weil´s wichtig für alle ist!

Durch öffentliche Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge (Wohnen, Ver- und Entsorgung, Sparkassen) besteht die Möglichkeit, den Warencharakter dieser Dienste zurückzudrängen und die Kostenstrukturen um den Gewinnaufschlag zu entlasten. Die Preise müssen wieder den Charakter von Gebühren annehmen, die im Rat festgelegt werden.

Die Öffentlichen Unternehmen sollen Vorreiter sein bei demokratischer Mitwirkung und bei Transparenz ihrer Gremien. Die Rechtsform öffentlicher Unternehmen bleibt zweitrangig gegenüber den Möglichkeiten effektiver demokratischer Mitbestimmung. Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung, auch durch Minderheitsbeteiligungen, aus und gemeinsames Eigentum verschiedener öffentlichen Träger ein. Die LINKE setzt sich heute schon für jeden Schritt in diese Richtung ein: Rekommunalisierung, Gestaltung fakultativer Aufsichtsräte, Weisungsbefugnisse der Räte sowie öffentliche Aufsichtsratssitzungen.

Seit Jahren wendet sich DIE LINKE in Bochum dagegen, dass städtische Unternehmen für Gewinninteressen privatisiert werden. Die städtischen Unternehmen müssen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in Bochum gestärkt werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- ein möglichst breites Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in Bochum und die Stärkung kommunaler Unternehmen
- eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Tarifbindung bei allen kommunalen Unternehmen, keine prekären Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit etc., wegweisende Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz, Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit,

- die Stärkung des kommunalen Wohnungsunternehmens VBW. Die VBW soll ihren Bestand an gut erhaltenen Wohnungen nicht nur ausbauen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung nehmen
- die Stärkung der Stadtwerke durch den Ausbau einer eigenständigen umweltgerechten Energieerzeugung. Eine Kooperation mit anderen Stadtwerken, die einen Einstieg der großen Energiekonzerne RWE, E.ON, ENBW oder Vattenfall ermöglicht, lehnt die LINKE ab.
- den Erhalt und die Verbesserung des Angebots der BOGESTRA.
- Abfallentsorgung als öffentliche Aufgabe. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, die gesamte Abfallentsorgung einschließlich Verpackungen (gelber Sack) in den Händen städtischer Tochterunternehmen wie dem USB zu belassen.
- den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen. Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und die Folgen der Auflösung der Westdeutschen Landesbank, jetzt Portigon AG, dürfen nicht weiter auf den Schultern der kommunalen Sparkassen ausgetragen werden. Die Sparkasse muss noch stärker im Sinne von Beschäftigungsförderung tätig werden. Sie ist heute oft der einzige Kreditgeber für kleine und mittlere Unternehmen.
- Die kommunalen Unternehmen haben auch eine Vorbildfunktion bei der Leistungserbringung. Deshalb setzt sich DIE LINKE für ein kostenfreies Sozialticket bei der BOGESTRA, ein kostenloses Girokonto bei der Sparkasse und einen Sozialtarif für Strom und Gas bei den Stadtwerken ein.
- Die Kontrolle aller städtischen Unternehmen durch den Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt muss gewährleistet sein. Entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Die Stadt Bochum muss ihre städtischen Unternehmen effektiv kontrollieren.

2.3 Öffentlich ! Solidarische Wirtschaft – Gerechte Finanzen

Die Armen werden ärmer und die Reichen werden reicher. Ein Grund dafür sind die Steuergeschenke der letzten 10 Jahre von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP an die Vermögenden in Höhe von 100 Milliarden Euro jährlich. In der Folge sind die öffentlichen Kassen leer, und dies spüren wir zuerst in der Kommune. Bochums Einnahmen bestehen zu rund zwei Dritteln aus Zuwendungen aus Steuern und allgemeinen Umlagen. Wenn in Bochum schmerzhafteste Kürzungen durchgeführt werden, die uns alle betreffen, dann wegen der Steuergeschenke an die Reichen.

Durch eine leere Stadtkasse werden Menschen mit wenig Geld besonders getroffen: durch Entgelterhöhungen etwa für Stadtbücherei, Schwimmbäder oder Musikschulen wird die Teilhabe an einem normalen gesellschaftlichen Leben teurer. Werden Parks, Schwimmbäder oder Tierparks gar geschlossen, trifft dies vor allem Familien, die sich teure kommerzielle Angebote nicht leisten können. Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens. Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten!

Einen ausgeglichenen Haushalt hatte die Stadt Bochum zuletzt 1990. Heute liegt die „Pro-Kopf-Verschuldung“ in Bochum statistisch bei über 4.000 Euro pro Bochumerin und Bochumer. Im Jahr 2012 einigte sich die Stadt Bochum mit der Bezirksregierung auf einen massiven Kürzungsplan. Dieser Kürzungsplan spart unsere Stadt kaputt: durch längere Wartezeiten in den Bürgerbüros, durch höhere Entgelte bei Musikschule, VHS und Stadtbücherei, durch weniger Angebote bei Sportplätzen und Schwimmbädern, durch den maroden Zustand unserer Straßen, Brücken und Parks. In der Verwaltung sollen 1200 Stellen in 10 Jahren abgebaut werden. Die Arbeit verteilt sich dann auf die wenigen städtischen Angestellten, die Leistungen für die Menschen in der Stadt werden schlechter.

Durch weitere Kürzungen ist das Haushaltsproblem in Bochum nicht zu lösen, die Stadt spart sich in den Ruin. Die einzige soziale Lösung liegt in einer Erhöhung der städtischen Einnahmen! Und das Geld dafür ist da, es fehlt lediglich der politische Wille, es sich bei der Oberschicht zu holen. Auch bedarf es dringend der Reform der Gemeindesteuern, um die Einnahmeseite der kommunalen Haushalte grundlegend zu verbessern.

Um die Finanzsituation der Kommunen grundsätzlich zu verbessern fordert DIE LINKE die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer in Höhe von fünf Prozent jährlich auf private Millionenvermögen. Wir fordern zugleich eine deutliche Anhebung der Erbschaftssteuer auf große Vermögen. Wir fordern die kräftige Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer und eine Entlastung der unteren Einkommen bei der Einkommenssteuer. Kapitaleinkommen müssen künftig wieder zum persönlichen Steuersatz versteuert werden, statt mit einer pauschalen Abgeltungssteuer von nur 25 Prozent. Der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer ist zu erhöhen.

Eine Steigerung der Hebesätze zur Grundsteuer B zum Zwecke des Haushaltsausgleichs lehnen wir ab, denn diese werden nur abgewälzt und belasten zusätzlich erneut Menschen, die in Mietwohnungen leben. Ebenso lehnt DIE LINKE jegliche unsoziale Erhöhungen von kommunalen Gebühren ab.

Wir fordern stattdessen:

- mehr Einnahmen durch kommunale Steuern und Abgaben, die Normal- und Geringverdiener nicht belasten (z.B. auf Waffenbesitz oder Ausweitung der Vergnügungssteuer).
- eine Ausnahme kommunaler Betriebe von der Unternehmensbesteuerung
- eine Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer

Die LINKE setzt sich weiterhin ein für:

- eine grundlegende Entschuldung, eine dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) auf 28 Prozent, welche durch die Einführung einer Millionärsteuer gegenfinanziert werden kann.
- ein Schuldenmoratorium und einen Altschuldenfonds für die überschuldeten Städte und Gemeinden. DIE LINKE verteidigt die kommunale Selbstverwaltung gegen die Zwangsverwaltung der Regierungspräsidien.
- ein Stopp von reinen Prestigeprojekten wie dem Konzerthaus
- Die Not der Kommunen führt immer wieder zu einem Ausverkauf von städtischen Einrichtungen (Privatisierung und Public-Private-Partnership). Hier gewinnen die Banken und Investoren, die Menschen in der Stadt verlieren.

DIE LINKE fordert daher die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen sofort zu stoppen. Bereits privatisierte Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge sind wieder in öffentliches Eigentum zurück zu führen (Rekommunalisierung)

- keine Spekulationsgeschäfte der Stadtkämmerei mit städtischen Schulden (z.B. Zinsderivate) und Vermögenswerten. Das katastrophale Bochumer Cross-Boarder-Leasing muss hier ein warnendes Beispiel sein.
- DIE LINKE fordert, dass keine Übergabe öffentlicher Planungen und Dienstleistungen an private Investoren („ppp“ – public-private partnership) stattfindet.
- Außerdem steht DIE LINKE. für die Beendigung des Dumpingwettbewerbs zwischen Kommunen um die niedrigsten Gemeindesteuern und –abgaben, Angleichung der Gewerbesteuerhebesätze in vergleichbaren Städten. Wir wollen den mörderischen „Standortwettbewerb“ um Investoren und Gewerbeansiedlungen, Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden auf gleicher Augenhöhe überwinden.

3. Demokratie und Solidarität

3.1 Für den Ausbau kommunaler Demokratie

DIE LINKE. setzt sich für den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bochums Einwohnerinnen und Einwohner ein. Doch dies ist ohne öffentliches Eigentum, direkte Demokratie, Mitwirkungsmöglichkeiten und Transparenz vor Ort undenkbar.

Damit Demokratie keine leere Hülle wird, braucht die Stadt Bochum hinreichend finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale Prozesse. Auch deshalb werden wir uns unter keinen Umständen an eine Politik der Privatisierung beteiligen und fordern eine Stärkung öffentlichen Eigentums. Deshalb gilt es im Interesse des Gemeinwohls, das öffentliche Eigentum zu erhalten und keine weitere Privatisierung kommunaler Leistungen zuzulassen.

Die LINKE. geht von dem Grundsatz aus, dass bürgerschaftliches Engagement eine Bereicherung in der Kommunalpolitik darstellt. Von daher steht die Kommunalpolitik der LINKEN. auch für die ideelle und finanzielle Unterstützung von Initiativen, Verbänden und anderen TrägerInnen bürgerschaftlichen Engagements.

Unser Ziel ist die deutliche Senkung von Quoren bei Bürgerbeteiligungen auf allen politischen Entscheidungsebenen. Die Kommunalverwaltung muss demokratische Bürgeranträge und Bürgerbegehren unterstützen und nicht behindern. Auch Menschen aus nicht EU-Mitgliedsländern sollen Bürgeranträge stellen und an Bürgerbegehren teilnehmen können.

Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von kommunaler Politik auch deshalb nicht angesprochen weil sie den Eindruck haben, dass die etablierten Parteien um SPD/Grüne/CDU und FDP Entscheidungen treffen, die nicht der Allgemeinheit, sondern der Befriedigung privater Interessen dienen.

Die Verflechtung zwischen der Stadt Bochum, den Stadtwerken Bochum, der Medienagentur Hellen in Zusammenhang mit der Honoraraffäre des ehemaligen SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück haben diesen Eindruck vertieft und - völlig zu Recht - bei der Bochumer Bevölkerung ein tiefes Misstrauen gegenüber den kommunalen Vertretern der Sozialdemokratie gesät. Denn während die Stadtwerke mit ihrem Vorsitzenden und SPD-Mitglied Bernd Wilmert die Strompreise regelmäßig erhöht, vergeben sie gleichzeitig 25 000 Euro an einen „Spitzengenossen“ für einen Plausch vor ausgewählten Gästen.

DIE LINKE. Bochum wird jeden kommunalen „Klüngel“, den wir entdecken, öffentlich machen. Wir werden dabei auch nicht-konventionelle Formen politischen Protests anwenden. Für uns ist klar: Wenn auf Kosten der Mehrheit Beschlüsse für einzelne Gruppen, Firmen oder Konzerne gefasst werden sollen, werden wir die Öffentlichkeit informieren und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger dagegen mobilisieren.

DIE LINKE Bochum tritt ein für:

- stärkere finanzielle Unterstützung von Initiativen, Verbänden, Vereinen und anderen VertreterInnen bürgerschaftlichen Engagements.
- „Livestreaming“ der Ratssitzungen und Ausschuss-Sitzungen
- Senkung von Quoren bei Bürgerbeteiligungen auf allen politischen Entscheidungsebenen
- die Demokratisierung des Kommunalwahlrechts: Die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für Migrantinnen und Migranten aus nicht EU-Staaten.
- Stärkung der Rechte der Bezirksvertretungen. Sie müssen über einen Haushalt verfügen, der ihre Handlungsfähigkeit für die Stadtteile sicherstellt
- Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit von Publikationen und Vorlagen von Verwaltung und Politik für Jedermann und Jedefrau.
- bessere Informationen für alle Einwohnerinnen und Einwohner über ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten und Rechte in Bezug auf kommunalpolitische Entscheidungen (über Faltblätter, Aushänge in Ämtern und die Internetseite der Stadt)
- frühzeitige Information und Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in sie betreffende Entscheidungsprozesse; Bürgerversammlungen zu wichtigen kommunalen Problemen;
- die Bildung von bürgerschaftlichen Nutzer- und Betroffenen-Beiräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern und bei städtischen Beteiligungsunternehmen z. B. Fahrgastbeiräte;
- unbürokratische und bürgerInnenfreundliche Fragestunden im Rat der Stadt Bochum;
- die Einrichtung einer Ombudsstelle, bei der die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Probleme im Umgang mit der Verwaltung anbringen können. Einmal im Jahr soll diese Ombudsstelle einen Bericht veröffentlichen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge zu Verwaltungshandeln entwickeln.

3.2 Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander aller Kulturen

DIE LINKE steht auch in Bochum für eine Politik, die allen Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund ein selbst bestimmtes Leben ohne Diskriminierung ermöglicht.

Eine gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft setzt voraus, dass Bund und Land entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Kommunen wie Bochum brauchen darüber hinaus auch finanzielle Unterstützung, damit sie Konzepte entwickeln und Maßnahmen wirksam umsetzen können.

In NRW leben Menschen aus mehr als 165 Ländern, rund ein Viertel der Menschen in NRW haben Migrationshintergrund, bei Kindern und Jugendlichen sind es sogar rd. 37 %. In Bochum leben laut Einwohnerstatistik der Stadt Bochum über 58.000 Menschen mit Migrationshintergrund (Stand: 31. Dezember 2012)

Die Ermöglichung von gleichberechtigter Partizipation sehen wir LINKE als eine Pflichtaufgabe in Bochum. Mangelnde Bildungsgerechtigkeit und mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe, Rassismus im Alltag, räumliche Segregationstendenzen und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund erschweren Gleichberechtigung und Partizipationschancen.

Rassismus beginnt nicht erst da, wo er sich mit lauten Parolen manifestiert, sondern bereits in unserem Alltag. Gängige Diskussionen über „Integration“, „Integrationsunwillige“, „Deutschenfeindlichkeit“ und Begriffe wie „Ausländerfeindlichkeit“ oder „Fremdenhass“ haben in der Vergangenheit zur Verschleierung der wirklichen Probleme beigetragen und Rassismus geschürt. Öffentliche Diskussionen über vermeintlich deutschenfeindliche Migranten und Migrantinnen schüren Rassismus und tragen dazu bei, Menschen auszugrenzen.

Sozioökonomische Probleme, die aufgrund der immer weiter auseinander klaffenden Schere zwischen Arm und Reich zunehmen, werden in öffentlichen Diskussionen immer wieder ethnisiert und kulturalisiert. Ohne Rücksicht auf die sozialen und ökonomischen Bedingungen von Menschen werden Lebensverhältnisse auf vermeintliche „integrationsunfähige“ Kulturen reduziert. Dies verstärkt und schürt rassistische Ressentiments gegenüber Menschen, die genauso von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind wie jene, die keinen Migrationshintergrund haben.

Die Stadt Bochum muss daher ihre Einfluss- und Druckmöglichkeiten konsequent wahrnehmen und gleichzeitig alle Möglichkeiten nutzen um die Partizipationschancen und die Etablierung einer solidarischen, gleichberechtigten und antirassistischen Gesellschaft vor Ort zu entwickeln.

DIE LINKE tritt ein für

- die Einbeziehung von MigrantInnen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidung und die Politik der Kommunen;
- ein wohnraumpolitisches Konzept für Bochum zur Verhinderung einer sozialkulturell bedingten Segregation;

- öffentlich geförderte interkulturelle Projekte, insbesondere in der Jugendarbeit;
- die Einrichtung von Förder- und Beratungsangeboten für Eltern mit Migrationshintergrund;
- die Förderung der antirassistischen Arbeit durch gezielte Unterstützung antirassistischer Initiativen und Gruppen;
- eine Zusammenarbeit mit Hochschulen, Schulen, Handels- und Handwerkskammern und Unternehmen vor Ort zur Erarbeitung von Konzepten zur Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen;
- die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung;
- die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle.

Asylsuchende, Geduldete und Illegalisierte sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen. Sie leben auch in Bochum oft unter völlig unwürdigen Verhältnissen in Sammelunterkünften. Sie sind vielfach vom Arbeitsmarkt und von Bildungsmaßnahmen ausgeschlossen. Gesellschaftliche Teilhabe wird ihnen so verwehrt.

Angesichts der großen Zahl von Menschen, die vor Krieg, Armut und Diskriminierung fliehen, muss Deutschland mehr Menschen aufnehmen und eine Willkommenskultur unabhängig von wirtschaftlichen Interessen entwickeln.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse und die Abschaffung von Sammelunterkünften;
- den Zugang zu Bildung und zu einer Gesundheitsversorgung für Asylsuchende, Geduldete und Illegalisierte;
- die Teilnahmeberechtigung an Integrations- und Sprachkursen auch für Asylsuchende, Geduldete und Illegalisierte;
- Hilfestellung bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit;
- die Einrichtung von Härtefallkommissionen für Flüchtlinge, an die sich von Abschiebung bedrohte Flüchtlinge und MigrantInnen wenden können;
- die Abschaffung von schikanösen „Sicherheitsmaßnahmen“ in den Ausländerbehörden;
- die Erstellung eines Konzepts zur Legalisierung (Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung) von Illegalisierten.

3.3 Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

DIE LINKE ist auch in Bochum eine Partei, die sich ohne Wenn und Aber gegen alle Formen faschistischer und rassistischer Überzeugungen, Meinungen, Parteien und Organisationen wendet. Auch rechtspopulistische, faschistoide Parteien und Gruppierungen stoßen auf unseren Widerstand. Zum Rassismus dieses neuen Faschismus und auch seiner milderer Varianten gehört immer auch Antisemitismus, Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit. DIE LINKE will eine offene, bunte und vielfältige Stadt Bochum.

NPD, REP, pro NRW, AfD und mit Sarrazin sympathisierende Teile anderer Parteien wollen mit Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen eine angebliche „Islamisierung“, gegen jüdische Menschen, gegen farbige Menschen, gegen Sinti und Roma und Flüchtlinge auf Stimmenfang gehen. Zu den Angegriffenen zählen aber auch oft genug demokratische Kräfte wie DIE LINKE, wie andere Antifaschistinnen und Antifaschisten und auch Menschen, deren sexuelle Orientierung nicht der Mehrheitsgesellschaft entspricht. Diese Gruppen attackieren ebenso Kranke und Menschen mit Behinderung, SozialhilfeempfängerInnen, Alte, weil sie ihrem nationalistisch-chauvinistischen Idealbild vom „echten“ Deutschen nicht entsprechen.

So gab es auch in Bochum in den vergangenen Jahren immer wieder gewalttätige Übergriffe von Neonazis auf Menschen, die nicht in ihr Weltbild passten. Ebenso kommt es immer wieder zu Schmierereien und anderen Sachbeschädigungen mit rassistischem Hintergrund. Rassistische Gewalt und Gesinnungen sind somit auch Probleme, mit denen wir uns in Bochum auseinandersetzen müssen.

Ursache dieses faschistischen Denkens und Handelns ist ein sozialdarwinistisches, vom kapitalistischen Wirtschaftssystem und seinen staatlichen und medialen Vertretern vermitteltes völkisch-nationalistisches Bild vom Menschen: Der Stärkere setzt sich durch, der Schwächere bleibt auf der Strecke oder ist „auszumerzen“. Das nennen Regierungskreise „marktkonforme Demokratie“. Eine auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsunsicherheit stößt inzwischen bei vielen Menschen auf Gegenwehr oder Resignation. Immer mehr BürgerInnen gehen gar nicht mehr zu Wahl.

Leider führen die zunehmende Verarmung und Verelendung zunehmender Teile der Bevölkerung unter dem Druck der Spardiktate „am kleinen Mann“ zugunsten der Banken und Großindustrie, der Umverteilung von unten nach oben, dem damit verbundenen rapiden Anwachsen der Vermögen der Reichen auch in wachsendem Maße zum Erstarken der neofaschistischen Gruppen und Parteien, weil sie scheinbar einfache Lösungen anzubieten haben und neben anderen staatlichen und medialen Stimmungsmachern simple Feindbilder anbieten. Zahlreiche seriöse Untersuchungen belegen, dass – wie schon der ehemalige deutsche Faschismus – Faschismus kein Randphänomen einiger Rechtsaußen ist, sondern seit Jahrzehnten auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen ist. Ideologen wie Sarrazin tragen Schlips und Kragen und keine Springerstiefel und Bomberjacken – ebenso seine AnhängerInnen. Sarrazin durfte immerhin Mitglied der SPD bleiben, was sicherlich viele seiner SympathisantInnen in ihren rassistischen Meinungen bestätigt hat. Der Alltags- und Stammtischrassismus der Mitte der Gesellschaft wird von der LINKEN sehr ernst genommen.

Immer wieder wird auch auf lokaler Ebene z.B. durch Polizei und Gerichte demonstriert, dass man Neofaschistinnen und Neofaschisten nicht so richtig ernst nimmt. Der Untersuchungsausschuss zu den Morden des NSU legt nahe, dass ein struktureller Rassismus auch Geheimdienste, Polizei, sonstige Ermittlungsbehörden und staatliche Instanzen prägt.

Eine Hass- und Hetzzentrale befindet sich in unserer Stadt - ein NPD Funktionär, Mitglied des Bochumer Stadtrats und Landesvorsitzender der NPD hat in der Innenstadt in direkter Nähe zum Amtsgericht sein Büro. Er fand sich in der Vergangenheit immer wieder aufgrund seiner rechtsextremen Gesinnung vor Gericht wieder und wurde wegen Volksverhetzung zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt.

“Pro“-NRW hat inzwischen Ableger in vielen Städten. Unter dem Deckmantel, für die Interessen der Bürger einzutreten, entfalten sie eine Fülle von ausgrenzenden rassistischen, ausländerfeindlichen, meist antiislamischen Vorurteilen, häufig verbunden mit massiven Angriffen auf die Religionsfreiheit muslimischer Nachbarn. So kam es in den vergangenen Jahren in Bochum immer wieder zu Demonstrationen von Pro-Bürgerbewegungen vor Flüchtlingsunterkünften und Moscheen mit dem Versuch ihre rassistische Weltvorstellung zu verbreiten. Gegen diese Demonstrationen gab es breite Bündnisse aus allen Bereichen der Gesellschaft.

Seit 1990 fielen in Deutschland über 170 Menschen neofaschistischer oder rassistischer Gewalt zum Opfer, vor allem MigrantInnen, aber auch politische GegnerInnen, Obdachlose und Menschen mit Behinderung. Die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) haben diese traurige Tatsache für alle offensichtlich gemacht. Massive Körperverletzungen aus neonazistischer Gesinnung gehören in Teilen unseres Landes immer noch zur traurigen Realität.

DIE LINKE fordert vorbeugend Maßnahmen zu ergreifen, um gleiche Rechte für alle Menschen auch in Bochum durchzusetzen:

DIE LINKE tritt dafür ein:

- dass endlich alle polizeilichen und rechtlichen Mittel eingesetzt werden, um die neofaschistischen Aktivitäten zu verfolgen, zu bestrafen und zu verbieten.
- dass kommunale Aktionspläne gegen Faschisten und Rechtspopulisten erarbeitet werden,
- dass in Behörden, Verwaltungen, Schulen, sonstigen Einrichtungen Fachleute für eine antifaschistische Weiterbildung, aber auch für Aufklärung über den überall anzutreffenden Alltagsrassismus eingesetzt werden,
- dass an Bochumer Schulen wirklich ausführlich aufgeklärt wird über den deutschen Faschismus zwischen 1933 und 1945. Vor allem ist dort auch viel stärker als bisher auf die Verantwortung industrieller Machtgruppen für die politische Machtübergabe an die faschistische Regierung hinzuweisen und auf die damalige Mitte der Gesellschaft mit ihren oft rassistischen und sozialdarwinistischen Ideologien,

- dass Menschen in der Schule, in anderen kommunalen Einrichtungen auch immer darüber aufzuklären sind, wie faschistische, rassistische, antisemitische, antiziganistische und andere Menschen verachtende Meinungen von wem und warum in die Köpfe der Mehrheitsgesellschaft hinein transportiert werden,
- dass in diesem Zusammenhang z.B. das Stadtarchiv die finanziellen Mittel speziell für Ausstellungen zu diesem Thema gestellt bekommt,
- dass antifaschistische Stadtrundgänge nicht die Ausnahme z.B. für Schulklassen sein dürfen,
- dass in Stadtführern auf die vorhandenen Gedenk- und Mahntafeln, auf die Stolpersteine, auf Gedenkstätten wie „Saure Wiesen“ intensiver hingewiesen wird,
- dass Kundgebungen der Faschisten in Bochum eigentlich verboten werden müssen, auf gar keinen Fall auf Plätzen stattfinden dürfen, die nach den Opfern der geistigen Väter der heutigen Faschisten benannt sind.
- DIE LINKE. Bochum arbeitet mit allen antifaschistischen und antirassistischen Organisationen und Bündnissen in Bochum zusammen und tritt für die Abschaffung der sog. Extremismus Klausel ein.
- für die Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für die Opfer von rassistischer Gewalt.
- Denkmäler die Krieg und Tod verherrlichen sind in Mahnmale gegen Krieg und Faschismus umzuwandeln.

3.4 Für eine kommunale Friedenspolitik

Im Koalitionsvertrag (2013) zwischen CDU/SPD/CSU taucht das Wort „Frieden“ gar nicht mehr auf, dafür werden neokolonialistische militärische Interventionen ziemlich unverblümt benannt. Eine zunehmende militärische Interventionspolitik hat notwendigerweise Auswirkungen auf die kommunale Politik. Milliarden an Steuergeldern fließen in den Rüstungssektor statt dieses Geld kommunalen Zwecken von Kindertagesstätten, Jugendheimen und Schulen zur Verfügung zu stellen. Menschen werden daran gewöhnt, dass Krieg wieder die Fortsetzung der Wirtschaftskriege mit gewalttätigen militärischen Mitteln ist und prinzipiell gut ist. Die Bevölkerung wird auf Kriegskurs gebracht.

Auch die Abschottungspolitik Europas gegenüber von Europa zu Flüchtlingen gemachten Menschen durch FRONTEX nimmt immer gewaltsamere Methoden an. Deutschland ist EU-Meister im Waffenexport und fördert so auch ohne eigenes direktes Eingreifen Kriege in aller Welt.

Vor Jahren wurde unter dem Begriff Zivil-Militärische Zusammenarbeit eine weitere Militarisierung der Gesellschaft eingeführt. Schon damals protestierte DIE LINKE. Inzwischen gibt es seit dem Juni 2013 eine militärische „Heimatschutz“-Truppe unter dem Namen RSU – Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte“.

Die Bundeswehr hat für ihre kriegerische Politik zunehmend weniger Personal, deshalb veranstaltet sie eine Offensive in Schulen und an der Universität, um auch in Bochum Jugendliche propagandistisch zu motivieren, Soldatinnen oder Soldaten zu werden. Es ist ein Skandal, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr in Schulen, ungehemmt Kriege als humanitäre Operationen darstellen dürfen, um Soldatinnen und Soldaten zu rekrutieren. Die Stadt gibt die Meldedaten der Jugendlichen und Kinder an die Bundeswehr, damit diese gezielte Werbung machen kann. Unter martialischen Plakaten machte die Bundeswehr vor kurzem auch auf der Berufsbildungsmesse in Bochum für sich Werbung. Mitglieder der Fraktion DIE LINKE erhielten Hausverbot, weil sie T-Shirts mit der Aufschrift „Kein Werben fürs Sterben“ trugen. Mitglieder der Friedensbewegung erhielten ebenfalls Hausverbot, z.T. kamen strafrechtliche Anzeigen ins Gespräch. DIE LINKE begrüßt daher ausdrücklich, dass sich eine Bochumer Gesamtschule kürzlich zur „bundeswehrfreien Schule“ erklärt hat.

Die Ruhr-Universität erhielt im Jahre 2010 von dem US-amerikanischen Luftwaffenministerium über 100.000 Dollar für militärische Forschung, DIE LINKE engagiert sich gegen diese Art der Forschung an Universitäten. Stattdessen ist die universitäre Friedensforschung aktiv zu unterstützen.

Immer wieder wirbt die Bundeswehr ihren Nachwuchs auch im Jobcenter und in der ARGE an. Überall preist sie sich als „sicheren Arbeitgeber“. So nutzt die Bundeswehr die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit hinsichtlich eines Arbeitsplatzes aus. Die ARGE ist keine Bundeswehrwerbeagentur! DIE LINKE lehnt Sozialraub als Rekrutierungshilfe für die Bundeswehr ab.

Die LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei. Wir werden innerhalb und außerhalb kommunalen Vertretungen gegen die Militarisierung der Gesellschaft, weiterhin Widerstand organisieren.

DIE LINKE fordert,

- dass jegliches Werben fürs Sterben im öffentlichen Raum und in kommunalen Einrichtungen, insbesondere in Bochumer Schulen, Berufsbildungsmessen und Job-Centern zu verbieten ist,
- dass eine konsequente Friedenserziehung an allen Schulen stattfindet,
- dass Eltern oder Jugendliche darüber unterrichtet werden, dass die Meldedaten ihrer Kinder bzw. der Jugendlichen an die Bundeswehr zwecks Werbung gegeben werden und dass dagegen ein Widerspruchsrecht wahrgenommen werden sollte,
- dass jegliche weitere Militarisierung der Gesellschaft durch Aufmärsche der Bundeswehr oder von Reservistenverbänden bei irgendwelchen Anlässen verboten werden muss,
- dass die Stadt regelmäßig und für alle sichtbar bekannt gibt, welche zivil-militärischen Verflechtungen es in Bochum bereits gibt und wie weit der RSU da auch schon eingebunden ist,

- dass die Stadt Bochum den Menschen, die durch eine aggressive Wirtschaftspolitik oder durch die direkte oder indirekte Beteiligung Deutschlands an Kriegen weltweit zu Flüchtlingen gemacht worden sind, ohne ökonomische Nützlichkeitsberechnungen nach Deutschland und auch nach Bochum kommen dürfen und hier leben und arbeiten dürfen,
- dass eine Konversionspolitik eingeleitet wird. Statt für Kriege muss für den Frieden produziert werden. Ein Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie weniger würde sieben Arbeitsplätze mehr im zivilen Sektor bedeuten. Das würde sich auch in bestimmten Bochumer Betrieben positiv hinsichtlich der Schaffung statt des Abbaus von Arbeitsplätzen auswirken.
- Förderung des Bündnisses „Mayor for Peace“ in Bochum.
- den Ausbau der Städtepartnerschaften, um die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften Vereinen, Kultureinrichtungen und allen Menschen die sich für den Frieden einsetzen zu stärken.

DIE LINKE in Bochum arbeitet mit allen Gruppen der Friedensbewegung und mit Flüchtlingsgruppen zusammen. Sie strebt mit den Gewerkschaften Konversionspläne an.

4. Stadtentwicklung

4.1 Für eine lebenswerte, soziale Stadt

DIE LINKE sagt: Ein anderes Bochum ist möglich. Ein Bochum, das nicht immer neuen Prestigeprojekten hinterher jagt. Ein Bochum, in dem niemand mehr in die soziale Isolation gedrängt wird. Ein Bochum, das für alle die gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe sichert: Bezahlbaren und komfortablen Wohnraum, ausreichend gute und sichere Arbeitsplätze, wenig Verkehrsbelastung und eine intakte Umwelt, gute Schulen und Kindereinrichtungen, bezahlbare Kultur- und Sportangebote sowie ein dichtes kostenloses und frei verfügbares Nahverkehrssystem. DIE LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die aufstehen wollen für eine bessere Welt – für eine bessere Stadt, für ein soziales und solidarisches Bochum.

In Bochum zeichnet sich eine bittere Geographie der Arbeitslosigkeit und Armut ab. Es gilt das Sprichwort: „Sage mir, wo du wohnst, und ich sage dir, welche Chancen du hast“. Hinzuzufügen ist: „Bist du behindert, alt oder chronisch krank, stehst du oft vor unüberwindbaren Barrieren.“

Bochum ist eine an Familien und Kindern, an MigrantInnen und SeniorInnen bevölkerungsreiche Stadt. Die Menschen, die in ihr leben, sind ihr Potential, das Raum und ein solidarisches und soziales Klima braucht, um sich zu frei entfalten zu können. DIE LINKE sagt klar: In einer sozialen Stadt müssen sich alle Menschen wohl und zu Hause fühlen können. Eine soziale, solidarische Stadt kümmert sich um einen jeden und beteiligt alle am öffentlichen Leben. Eine soziale, solidarische Stadt muss sich daran messen lassen, wie sie mit benachteiligten Menschen umgeht.

Für DIE LINKE steht fest: Eine soziale, solidarische Stadt Bochum schafft Arbeitsplätze und Beschäftigung und bekämpft so Arbeitslosigkeit und Armut. Eine soziale, solidarische Stadt Bochum bietet bedarfsgerechte, barrierefreie und integrative Sozialeinrichtungen für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen. Eine Politik, die sich vor allem auf Solidarität als gemeinsame Selbstbestimmung gründet, also ein Gemeinwesen, das seine Lebensverhältnisse selbst, demokratisch und sozial gerecht regelt – so eine Politik kann auch in Bochum, von „unten“, in Opposition zur bestehenden neoliberalen Politik, entstehen. Solidarische Politik muss solidarisch erarbeitet und durchgesetzt werden. In offener, gleichberechtigter Zusammenarbeit zwischen vielen, unabhängig ihre Ansprüche und Interessen vertretenden Teilen der Stadtgesellschaft.

- DIE LINKE. Bochum setzt sich ein für gleichwertige Lebensbedingungen und soziale Infrastrukturen in allen Stadtteilen.
- DIE LINKE. Bochum fordert absolute Transparenz und die Beteiligung der Bochumer Bürger an dem Projekt „Bochum Perspektive 2022“, um das freiwerdende Opelgelände durch gleichberechtigte Zusammenarbeit von vielen Menschen der Stadtgesellschaft zu entwickeln.
- DIE LINKE. Bochum setzt sich darüber hinaus für Struktur- und Investitionshilfen ein. Bochum braucht die Unterstützung von Bund und Land, um die Aufgaben einer zukünftigen sozialen und solidarischen Stadtentwicklung zu meistern.

- DIE LINKE will eine ausgewogene Stadtentwicklung. Sie darf sich nicht beschränken auf Leuchtturmprojekte, wie ein Konzerthaus oder ein Einkaufszentrum auf dem Gelände des alten Gerichtsgebäudes
- DIE LINKE will EinwohnerInnenbeteiligung bei Planung und Aufstellung von Qualitätszielen

4.2 Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten

Die Einwohnerzahl sinkt in Bochum schneller als in anderen Städten Deutschlands. Ob 360.000 BochumerInnen in 20 Jahren noch hier wohnen werden weiß keine/r. Die Stadt tut aber nichts, um über Daseinsvorsorge den Wohnungsbestand so zu gestalten, dass bei uns kein Mensch die Stadt wegen zu teuren Unterbringungskosten verlassen muss.

Es fehlt preiswerter, sozialer Wohnraum.

Es ist den Verantwortlichen bekannt, was zur dieser Situation geführt hat. Der Bau sozialer Wohnungen findet praktisch nicht mehr statt. Die Gemeinnützigkeit existiert bei kommunalen Wohnungsunternehmen nicht mehr. Es ist die Entsozialisierung eines Marktes, der sich nur noch an Gewinnen orientiert und nicht mehr an den MieterInnen, die monatlich eine enorme Leistung für das Dach über dem eigenen Kopf aufbringen müssen. Hinzu kommen hohe Nebenkosten - die so genannte „zweite Miete“: Abwassergebühren, Müllabfuhr, Straßenreinigung und Grundsteuer, bei denen in den letzten Jahren eine Steigerung im zweistelligen Prozentbereich stattgefunden hat. So macht die Stadt aus den MieterInnen Melkkühe für den Eigenbedarf, denn die „Modernisierungen“ gehen ebenfalls ausschließlich zu Lasten der BewohnerInnen.

Eine einseitige Politik, die den Spekulanten, Anlegern und Sanierungen der kommunalen Haushalte dient, schränkt das Grundbedürfnis Wohnen immer mehr ein. Jeder Mensch sollte das Recht auf eine angemessene und bezahlbare Wohnung haben. Besonders dramatisch wird die Situation bei den älteren MieterInnen, die die Kosten für sog. „altengerechtes Wohnen“ (Wärmedämmung, Modernisierung, barrierefreies Wohnen) nicht mehr werden tragen können.

Durch diese Politik wird in den nächsten Jahren eine Abwanderung stattfinden. Nicht nur innerhalb der Stadt, im Norden stärker als im Süden oder besser gesagt in Riemke stärker als in Stiepel, sondern vor allem aus Bochum raus, wo Sparen nur gegen die, die wenig haben eingesetzt wird.

Bei der geplanten Flächenentwicklung in Altenbochum und Laer (Feldmark, Havkenscheider Feld und Havkenscheider Höhe) setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass ausreichende Mietwohnungen entstehen und Quoten für den sozialen Wohnungsbau in den Bebauungsplänen festgeschrieben werden. Denn wenn schon attraktive neue Stadtviertel entstehen, müssen sie auch für alle da sein. Eine sozial verschiedenartige Zusammensetzung war schon immer ein wichtiges Ziel von Stadtentwicklung. Außerdem sollen die neuen Straßen nach Frauen zu benannt werden, denn bisher sind nur ca. 10 Prozent der Bochumer Straßen nach Frauen benannt.

Städtische Grünflächen sind nicht nur für die wohnortnahe Erholung, für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtig, sondern sie sind vielfach Frischluftschneisen, die das Klima in der Stadt wesentlich beeinflussen. In einer dichtbesiedelten Großstadt wie Bochum müssen die wenigen noch vorhandenen Freiflächen dringend erhalten werden, um die Lebensqualität für die Menschen nicht noch weiter zu beeinträchtigen.

Ziel der Stadtentwicklungspolitik der LINKEN ist es, in möglichst vielen Gebieten eine Mischung von Wohnungen, Erholungsflächen und Arbeitsplätzen, soweit die gewerblichen Immissionen dies zulassen, zu erreichen. Dabei sollen bei Neuansiedlung von Gewerbebetrieben vor allem Industriebrachen genutzt werden. Eine Neuausweisung von Gewerbegebieten auf bestehenden Grünflächen lehnen wir ab. Viele ungenutzte innenstadtnahe Brachflächen sind weiterhin im Besitz der Deutschen Bahn AG. Diese müssen einer Stadtentwicklungsplanung zugänglich gemacht werden. Bei Privatinvestitionen steht profitable Kapitalverwertung, nicht aber der gesellschaftliche Nutzen wie Arbeitsplatzschaffung, soziale und kulturelle Entwicklung an erster Stelle. Wo es keine großen und längerfristigen Gewinnaussichten gibt, investiert kein Unternehmen.

Politik, zumal auf kommunaler Ebene, hat hier nur wenige Steuerungsmöglichkeiten. Investoren nutzen die Konkurrenz der Kommunen untereinander, um günstigste Bedingungen herauszuschlagen. Dem kann nur mit einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit begegnet werden. Die bisherigen Kooperationen im Rahmen der Entwicklung des Regionalen Flächennutzungsplanes oder der Wirtschaftsförderung Mittleres Ruhrgebiet müssen konsequent weiterentwickelt werden. Positive Beispiele sind bereits vorhandene Kooperationen bei den Gewerbeflächen. In Zukunft sollte auch der Regionalverband Ruhr eine größere Rolle spielen.

DIE LINKE. NRW hat in der vergangenen Wahlperiode die Enquetekommission des Landtages NRW „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW“ durchgesetzt. Deren Ergebnisse liegen vor. DIE LINKE in Bochum fordert: Die Ergebnisse der Enquetekommission sind konsequent umzusetzen. Beispielsweise sollten die Kommunen sicherstellen, dass sich Transferleistungsbeziehungen bei den Mietervereinen beraten lassen und sich gegen ihre Vermieter zur Wehr setzen können. Es sollten die Nebenkosten einer Wohnung künftig bei den Angemessenheitskriterien berücksichtigt werden. Und es sollten auf Landes- und Bundesebene zahlreiche Gesetzesinitiativen ergriffen werden, um die Wohnungsaufsicht zu stärken, Mieterinitiativen ein Verbandsklagerecht einzuräumen, Genossenschaften steuerlich zu entlasten, Veräußerungsgewinne wieder zu besteuern und die öffentlichen Vorkaufsrechte zu verbessern.

DIE LINKE fordert

- dass Wohnungen kein Spekulationsobjekt von Finanzinvestoren sein dürfen. Gegen die Verwahrlosung von Wohnungsbeständen ist mit allen rechtlichen Mitteln vorzugehen.
- eine Begrenzung der Mieterhöhungen auf der Grundlage des Mietspiegels. Im Mietspiegel sind nicht nur die Mieterhöhungen der letzten Jahre und die Neumietpreise zu berücksichtigen, sondern auch die Bestandsmieten.

- die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit, statt weiterer Zersiedelung
- die Stärkung der Innenstadt, der Stadtteilzentren und der Nahversorgung durch konsequente Anwendung des Masterplan Einzelhandels
- die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Angebotes von Bürgerhäusern, kleinen Theatern, Jugendtreffs, Stadtteilbibliotheken und Sportstätten
- die Stärkung des öffentlichen, sozialen Wohnungsbaus und mehrgeschossigen Wohnungsbaus
- eine flächensparende Bauweise bei der inneren Gestaltung neuer Baugebiete
- den Erhalt der vorhandenen Frei- und Grünflächen
- eine konsequente Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Stadtplanung und lokalen Entscheidungen
- keine Privatisierung öffentlichen Wohnraumes
- die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben auf bestehenden Industriebrachen
- eine Stärkung der regionalen Zusammenarbeit bei Stadtplanung und Wirtschaftsförderung

DIE LINKE unterstützt die demokratische Mitwirkung von Mieterinnen und Mietern in Mieterbeiräten sowie die Mitglieder von Genossenschaften und fordert für sie mehr Möglichkeiten ihrer Mitsprache in Entscheidungsprozessen. Auch für alternative Wohnformen muss es Sicherheit geben. Wenn leer stehende Häuser besetzt werden, dann ist dies ein richtiger Schritt der Aneignung und der Nutzung, den DIE LINKE Bochum begrüßt und unterstützt. Wir fordern, solche Besetzungen umgehend zu legalisieren und alternative Wohnformen wie Bauwagenplätze zu tolerieren.

Eine soziale, demokratische und ökologische Wohnungspolitik lässt sich nur durchsetzen, wenn sich die MieterInnen auch selbst dafür engagieren. Die LINKE wird die Selbstorganisation der MieterInnen fördern und MieterInnenproteste unterstützen. Die Stadt Bochum sollen ihre Zusammenarbeit mit dem örtlichen Mieterverein intensivieren, die Gründung von MieterInnenräten – vor allem in den kommunalen Wohnungsbeständen – fördern und selbstverwaltete Wohnprojekten unterstützen.

4.3 Für eine sozial-ökologische Verkehrswende

Der motorisierte Individualverkehr nimmt überhand, so auch in Bochum: Das führt zu enormen Belastungen der Umwelt. Gleichzeitig wird beim öffentlichen Personenverkehr gespart. So schränkt sich für die Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, Mobilität immer mehr ein. Dringende Ausbaumaßnahmen unterbleiben.

Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. DIE LINKE will den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen zugunsten des öffentlichen Verkehrs sowie die Verwirklichung eines Grundrechts auf Mobilität für alle. Die Bereitstellung eines bezahlbaren öffentlichen Personenverkehrs ist für uns eine soziale und ökologische Frage.

DIE LINKE will den Vorrang des Öffentlichen Personennahverkehrs. Doch Mobilität für alle kann nur durch die Einführung eines landesweit geltenden Nahverkehrstickets erreicht werden. Dies muss ergänzt werden durch ein Sozialticket für Einkommensschwache. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, den ständigen Sparmaßnahmen im öffentlichen Verkehr intelligente Verkehrskonzepte entgegenzusetzen, die Mobilität für alle gewährleisten.

Die Zurückdrängung des Autos aus den Innenstädten kann nur gelingen, wenn als Alternative neben Bus und Bahn auch ein gut ausgebautes Radwegenetz zur Verfügung steht, das Fahrten ohne störende oder gefährliche Unterbrechungen gewährleistet. Hierbei müssen die Kommunen beim Land auf ausreichende Finanzierung drängen.

Gerade für PendlerInnen oder BesucherInnen der Bochumer Innenstadt bieten Park-and-Ride-Systeme interessante Alternativen. Sie können eine ökologisch sinnvolle und praktische Möglichkeit zur Beruhigung des Innenstadtverkehrs sein. Das Bilden von Fahrgemeinschaften und Carsharingmodelle müssen weiter unterstützt und gefördert werden.

In den Ballungsräumen sind attraktive Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel besonders wichtig, denn sonst verfehlen gut ausgebaute Verkehrsnetze ihren Sinn, z. B. wegen Überfüllung oder mangelnder Flexibilität. Zwei weitere Gleise für die überlastete Haupt-Achse der Eisenbahn im Ruhrgebiet von West nach Ost würden die Trennung von Fern- und Regionalverkehr ermöglichen. Neben einer dichteren Zugfolge auf der stark nachgefragten Strecke wären weniger Verspätungen die Folge.

Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Deshalb ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, Mobilität für die Menschen zu sichern. Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und ökologisches Verkehrssystem gerecht zu werden. Wenn Verkehrsnetze rentabel sein müssen, geht das zwangsläufig auf Kosten von Takten und Strecken.

DIE LINKE tritt ein für:

- Mobilität für alle, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Initiativen zu mehr Teilhabe von Menschen ohne Auto an Mobilität müssen her. Dazu gehören günstige Jugend- oder Seniorentarife. Firmen- oder Jobtickets sind attraktiver zu gestalten;
- ein kostenfreies Sozialticket
- eine deutliche Erhöhung des Anteils von Öffentlichem Personennahverkehr, Verkehrsaufkommen zu Fuß und Radverkehr am gesamten Verkehrsaufkommen. Hierzu müssen Verkehrspläne aufgestellt bzw. angepasst werden, die verbindliche Ziele, sozial-ökologische Schritte und attraktive Angebote enthalten;
- den Ausbau der Ost-West-Achse der Eisenbahn im Ruhrgebiet;
- den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern über den öffentlichen Verkehr;
- die Vergabe von Regionalstrecken nur an solche Tochtergesellschaften der Deutschen Bahn, die Tariflöhne zahlen.
- Busse und Bahnen sind in Bochum in den Abendstunden und an Sonn- und Feiertagen ausgedünnt, teils sogar eingestellt worden. Nicht alle öffentlichen Verkehrsmittel sind barrierefrei zu nutzen.

Für die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen – gegen Ausgrenzung!

DIE LINKE fordert Barrierefreiheit im ÖPNV (Haltestellen, Bahnhöfen, Fahrzeugen und Informationen)

Barrierefreiheit heißt, dass Behinderte selbstständig Öffentliche Verkehrsmittel nutzen können! Solange der Öffentliche Verkehr nicht behindertengerecht ausgebaut ist, ist der Ausbau der Behindertenfahrdienste erforderlich. Wir wollen eine schnelle Umsetzung des Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN Konvention) im öffentlichen Raum und gerade auch in Bus und Bahn, damit Mobilität für Alle endlich umgesetzt wird. Die Beseitigung von Zwangshindernissen in privaten und öffentlichen Gebäuden und auf Straßen. Neu- und Umbauten sind barrierefrei zu planen;

Öffentlicher, Fahrrad- und Fuß-Verkehr, erhalten Vorfahrt vor dem Autoverkehr

- Ausbau des Öffentlichen Verkehrs
- Taktverdichtung (bei Bedarf alle Linien im 10-Minuten-Takt)
- Netzausbau (vor allem von dezentralen Verbindungen)
- Ampelvorrangschaltungen auch für Buslinien

- Behindertengerechte Informationsterminals an den Haltestellen mit Echtzeit-Fahrplaninfos und telefonischem Kontakt zur Fahrplanauskunft und für Notrufe
- Weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Geschwindigkeitsreduzierung, wie z.B. Spielstraßen, Tempo 30 Zonen, Zonen mit Schrittgeschwindigkeit um eine gleichberechtigte Nutzung für alle VerkehrsteilnehmerInnen zu gewährleisten
- Ausbau der Radwegenetze für den Alltags- und Freizeitverkehr
- Anlage von breiten Radwegen auf allen Hauptstraßen der Stadt
- Innenstadt-Fahrradring: Die beiden inneren Spuren des Innenstadtrings werden zum Fahrradring ausgebaut; Der Autoverkehr wird auf den beiden äußeren Spuren im Einbahnverkehr geführt.
- Weiterer Ausbau der Radwege auf alten (Werks-)Bahntrassen
- Flächendeckende Ausschilderung von Radverkehrsrouten

DIE LINKE tritt ein für:

- die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf Wasser und Schiene;
- die Erneuerung und den Ausbau von Bahnhöfen, insbesondere Stadtteilbahnhöfen, zu echten Drehscheiben des Verkehrs;
- die Offenhaltung stillgelegter Bahnhöfe und Bahntrassen, damit eine Reaktivierung für den Bahnverkehr möglich ist;
- eine wirksame Überwachung der Einhaltung der zulässigen Grenzwerte der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in der Innenstadt
- die Einhaltung des künftigen EU-Grenzwertes bei der Beschaffung von Dienstfahrzeugen und eine kontinuierliche Anpassung an den Stand der Technik.

4.4 Kultur für alle

Für DIE LINKE ist Kultur eine der Grundlagen persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie allen Menschen zugänglich zu machen, ist unsere zentrale Forderung. Damit sich insbesondere finanziell benachteiligte Menschen kulturelle Teilhabe leisten können, setzen wir uns für ermäßigte Eintrittspreise für Kulturangebote in Bochum und für ein flächendeckendes Angebot an soziokulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen ein.

Hochkultur und Breitenkultur sollten in einer Metropole gleichberechtigt nebeneinander stehen und sich ergänzen. Doch in Bochum bedient der Kulturbereich überwiegend die Hochkultur und auch hier nur bestimmte Vorzeigeprojekte.

Eine hoch entwickelte kulturelle Infrastruktur und eine lebendige "freie Szene" erhöhen die Lebensqualität in Bochum. Für uns ist Kulturförderung Teil unseres kommunalen Selbstverständnisses. Von Theatern, Museen, Orchester und Bibliotheken, über Musik- und Kunstschulen bis hin zu Volkshochschulen und Denkmalpflege. Die Angebote der freien Kulturszene, "Nischenkultur", Szenetreffs, Ausstellungen und Kleinkunstabühnen sichern eine große Programmviefalt. DIE LINKE fordert materielle und ideelle Unterstützung für Kunstschaffende aus unterschiedlichen Kulturen und Bereichen.

DIE LINKE kritisiert, dass Kultur immer mehr als Standortfaktor gesehen wird. Kultur, so hat es sich unter Politikern und Industriellen des Ruhrgebiets herumgesprochen, verschafft gesellschaftliches Ansehen und Renommee, ist im Wert gestiegen als Anlage und Investitionsfaktor. Wir lehnen den Versuch ab, über Sponsoring der Privatwirtschaft zur Hegemonie auch über die Kultur zu verhelfen. Die Sanierung öffentlicher Kassen auf Kosten von Kunst und Kultur lassen wir nicht zu!

DIE LINKE. Bochum will Kulturpolitik neu ausrichten. Für uns stehen nicht einige, wenige Großereignisse im Jahr und Leuchtturmprojekte im Vordergrund, sondern die Förderung vieler kleiner Projekte und Einrichtungen, die für alle zugänglich sind. Aufgabe der öffentlichen Hand ist die finanzielle Unterstützung einer breiten Kultur für alle, um die Vielfalt zu sichern. Kulturelle Projekte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, Kleinkunst darf nicht zugunsten prestigeträchtiger Vorhaben wie z.B. dem Bau des Konzerthauses vernachlässigt werden.

DIE LINKE verfolgt das Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt zu fördern. Deshalb setzt sie sich für die Förderung antirassistischer und interkultureller Kultur- und Bildungsangebote anstelle einer angeblichen „Leitkultur“ ein.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Ausrichtung der Bochumer Kulturpolitik in Richtung „Kultur für Alle“;
- soziale Vergünstigungen für finanziell benachteiligte Menschen
- ein festes Kontingent an ermäßigten Eintrittskarten zum Preis von maximal 3 Euro in allen kommunalen oder öffentlich bezuschussten Kultureinrichtungen. Zu bestimmten Zeiten sollte der Eintritt z.B. in Museen kostenfrei sein.
- damit einhergehend freie Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu den Kultureinrichtungen, um die Kulturangebote wahrnehmen zu können
- die Förderung der kulturellen Vielfalt

- den Erhalt und Ausbau von flächendeckenden dezentralen Kultur- und Freizeiteinrichtungen in allen Stadtteilen
- eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Musikschulen; Museen, Bibliotheken, kommunalen Kultureinrichtungen wie auch deren dauerhaften Erhalt wie z.B. den des städtischen Kunstmuseums.
- die Förderung von Auftritten freier Theater- und Musikgruppen und Bereitstellung von Probenräumen
- eine antirassistische, interkulturelle Kulturpolitik statt „Leitkultur“
- für eine nachhaltige Förderung der Erinnerungskultur und ihrer TrägerInnen.
- die Bereitstellung von öffentlichen Plätzen für soziokulturelle Feste und Veranstaltungen - wider die schleichende Privatisierung des öffentlichen Raums!
- die kostenfreie Nutzung von Räumlichkeiten für Kulturschaffende. Sie will Selbstverwaltung vor Fremdverwaltung durch die Behörden. Raumbrachen sollen u.a. auch von Kulturschaffenden für Projektarbeiten genutzt werden können.
- eine transparente, demokratisch kontrollierte öffentliche Förderung von Kulturinitiativen statt undurchsichtiger Zuteilungen und willkürliches Sponsoring durch städtische Tochterunternehmen wie z.B. Stadtwerke oder Sparkasse.

4.5 Sport ist Lebensqualität

DIE LINKE will die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausbauen, die erforderlich sind, damit Sport als Teil der individuellen Entfaltung möglich ist. Sport erfüllt eine wichtige gesellschaftliche Funktion.

Die Sportvereine sind auch in Bochum die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Jeder dritte bis vierte Mensch ist Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne Verein regelmäßig sportlich.

Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat. Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Erholung und Entspannung. Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport, über sportliche Betätigung während der Berufsjahre, bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter.

Bochum hat eine wichtige Aufgabe beim Erhalt der kommunalen Infrastruktur. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und Vereinen, aber auch vereinslosen Sporttreibenden in Kneipen- oder Betriebsmannschaften in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem Menschen möglich sein.

Auch für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben sind Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für DIE LINKE ebenfalls: Es muss Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, aber auch einen barrierefreier Zugang für Menschen mit Behinderung.

Wir wollen die Zugangsbedingungen zum Sport für alle verbessern! Sport treiben zu können soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Wir fördern behindertengerechten, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport.

DIE LINKE tritt ein für:

- bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und freien Zugang für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten;
- den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind;
- die Förderung der Teilnahme von Allen an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten;
- die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport;
- die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine mit besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, MigrantInnen usw.;
- transparente kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne und Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden; besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, MigrantInnen und einkommensschwachen Menschen;
- kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund;
- die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u.a. der Kilometerpauschale);
- die Förderung der Einrichtung von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten;
- die Weiterentwicklung und Förderung von Fanprojekten gegen gewaltbereite Hooligans in Kooperation mit den entsprechenden Fußballvereinen.

5. Ökologie

5.1 Für ein ökologisches Bochum

Saubere Luft, sauberes Wasser, eine möglichst geringe Lärmbelastung, urbane Grünflächen und gesunde Lebensmittel sind Voraussetzungen für ein gutes Leben. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sein.

Täglich werden in Deutschland 4 Hektar Fläche versiegelt, das entspricht der Größe von 60 Fußballfeldern. Doch dies ist nicht die einzige Belastung für Umwelt und Mensch. Denn gleichzeitig werden immer mehr Stadtbezirke mit gewachsenen, sozialen Strukturen dem Verfall preisgegeben, weil sie zum Objekt von Spekulanten und Kapitalinteressen werden. Nur durch eine zukunftsorientierte Stadtplanung sind die Schädigungen im Sozialbereich und bei den verbliebenen ökologischen Strukturen in Städten und Gemeinden umzukehren. Arbeit und Wohnen müssen eng gekoppelt werden, d.h. Bürgerinnen und Bürger müssen ihren täglichen Bedarf im Stadtteil decken können. Denn kurze Wege in Stadt und Gemeinde entlasten Mensch und Umwelt.

Für DIE LINKE steht im Entscheidungsfall Ökologie vor Ökonomie. Dabei geht es darum, schädliche Auswirkungen zu verhindern und gleichzeitig Fehler der Vergangenheit zu berichtigen. Doch heute entstehen Gewerbekomplexe zahlreich auf der grünen Wiese, während innerstädtische oder stadtnahe Industriebrachen nicht genutzt werden. Die Gründe? Betriebe wollen Flächen in Reserve halten oder niemand will für die Altlastensanierung aufkommen. Für DIE LINKE ist klar: Flächenrecycling auf bestehenden Industriebrachen hat den Vorrang.

Im Kontext von Erhalt oder Renaturierung von Grünflächen und Industriebrachen sollen auch geeignete Flächen für Hundewiesen ausgewiesen und entsprechend ausgestattet werden, um zumindest eine einigermaßen artgerechte Haltung von Hunden in einer Großstadt zu ermöglichen. Diese Freilaufflächen für Hunde müssen außerdem so über das Stadtgebiet verteilt sein, dass eine Nutzung auch ohne längere Anfahrt mit dem Auto möglich ist. Mit jährlich ca. 2 Mio Euro durch die Hundesteuer sollte die Finanzierung möglich sein.

DIE LINKE tritt ein für:

- Erhalt und Ausbau der kommunalen Umweltverwaltung;
- Unterstützung der Naturschutzverbände;
- Reduzierung von Umweltbelastungen, statt sie lediglich zu verdünnen, indem man sie auf größere Flächen verteilt;
- die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung;
- Planungen, die am wenigsten in den Freiraum eingreifen. Bei Siedlungserweiterungen sind soziale und ökologische Gesichtspunkte vorrangig zu berücksichtigen;
- Erhalt oder Renaturierung von Grünflächen und Industriebrachen;

- sinnvolle Nutzung von Freiflächen. Diese dürfen nicht verschleudert werden als Pufferzonen für Nutzungen, die sich gegenseitig beeinträchtigen oder ausschließen;
- Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen;
- das Ausweisen und die entsprechende Ausstattung geeigneter Flächen für Hundewiesen;
- die kritische Überprüfung von Siedlungsausweisungen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen unter Bedarfs- und Folgegesichtspunkten;
- Zurückhaltung beim Bauen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch). Hier müssen weiterreichende kommunale Normen entwickelt werden;
- eine flächensparende Bauweise bei der inneren Gestaltung neuer Baugebiete. Dem widerspricht nicht die Auflockerung durch Grün sowie andere ökologische Maßnahmen;
- die Umstellung auf ökologisch angebaute Nahrungsmittel in allen öffentlichen Kantinen und vor allem Schulen;
- DIE LINKE unterstützt die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden weite Transporte vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich.

Sauberes Trinkwasser für Bochum

Seit dem PFT Skandal und den danach vorgenommenen Wasserproben aus dem Ruhrwasser hat sich gezeigt, dass die Verunreinigung durch diesen krebserregenden Stoff keineswegs ein Einzelfall durch einen kontaminierten Acker ist, sondern an der Ruhr gelegene Industriebetriebe seit Jahren ebenfalls durch ihre Abwässer zu dieser Vergiftung beitragen. Rückstände von Medikamenten, Einleitungen aus Industrie- und Gewerbe belasten ebenfalls das Trinkwasser. Die einzige Abhilfe für Städte wie Bochum, die ihr Trinkwasser aus der Ruhr beziehen, ist der Einsatz von Aktivkohle- und anderen geeigneten Filtern bei der Wassergewinnung.

Saubere Luft und Lärmschutz für Bochum

Was tun gegen Feinstaub?! Die Umweltzone Ruhr

Feinstaub ist extrem gesundheitsgefährdend, er verursacht Asthma und andere Lungenerkrankungen. Trotzdem wird in den einzelnen Kommunen kaum etwas dagegen getan. Das liegt auch daran, dass ihr Handlungsspielraum begrenzt ist. Einer der Hauptverursacher von Feinstaub ist neben der Industrie der Straßenverkehr. Er hört nicht an der Stadtgrenze auf, also wandert die verdreckte Luft auch über die Stadtgrenze hinaus. Kleinräumige Maßnahmen wie Straßensperrungen lösen die Probleme nicht, sie werden nur verlagert. Aus diesem Grund hat der Regionalverband Ruhr (RVR) eine städteübergreifende Regelung für eine Umweltzone Ruhr geschaffen. Damit sollen besonders Dreckschleudern nach und nach aus dem Straßenverkehr im Ruhrgebiet verschwinden. Gleichzeitig sind eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und verschärfte Kontrollen von Kraftwerks- und Industrieanlagen vorgesehen. Bochum ist wie das gesamte Ruhrgebiet mit Feinstäuben belastet, die besonders durch den Autoverkehr und industrielle Produktion entstehen. Lärm macht krank! Dagegen hilft nur die

konsequente Umsetzung der gültigen Emissionsschutzregelungen in allen Bereichen und deren Überwachung durch die zuständigen Stellen.

DIE LINKE tritt ein für:

- fest installierte Messstationen für Feinstaub an den Brennpunkten (bisher gibt es nur 2 Messstationen die durch mangelnde Wartung zudem immer wieder ausfallen), sowie mobile Messstationen um flexibel reagieren zu können;
- die Einführung einer Citymaut für Fahrzeuge mit einem Co2 - Ausstoß von mehr als 180 mg, der jährlich verringert wird bis zu einem Zielwert von 90 mg;
- eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in den Innenstädten durch verschärfte Überwachung der Umweltzonen;
- Lärmschutz durch die konsequente Umsetzung der gültigen Emissionsschutzregelungen in allen Bereichen und deren Überwachung durch die zuständigen Stellen;
- Einbeziehung von Baumaschinen und Baufahrzeugen in den Emissionsschutz und die Überwachung von Grenzwerten.

Baumschutz

DIE LINKE. will zur Diskussion von Problemen beitragen, damit die Menschen empfindsam werden für Fehlentwicklungen und offen für Alternativen zur gegenwärtigen Politik. So ist die zu starke Verdichtung der Bebauung in Frage zu stellen. Städte brauchen ihre grünen Lungen, jeder Straßenbaum übernimmt wichtige Schutzfunktionen gegen die Luftverschmutzung. Bebauungslücken ermöglichen einen besseren Luftaustausch, sind also vorteilhaft für das Stadtklima. Die bestehende Baumschutzsatzung ist außerordentlich lasch und lässt viele Ausnahmeregelungen zu.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine gründliche, dem Umweltschutz gerechte Überarbeitung der bestehenden Baumschutzsatzung;
- die Möglichkeit zu nutzen, Bäume, Baumgruppen und Grünflächen unter Denkmalschutz zu stellen;
- das drastische Einschränken einer Genehmigung zum Fällen von Bäumen unter Auflagen der Ersatzbepflanzung.

5.2 Global denken – lokal handeln: Energiewende jetzt!

Energie

Energie ist für alle Menschen in unserer Gesellschaft ein unverzichtbares Gut auf das alle angewiesen sind und alle ein Anrecht haben. Angesichts der Tatsache, dass gerade untere und mittlere Einkommen real stagnieren oder zurückgehen, kann der Strompreis nicht beliebig erhöht werden, ja eine andere Preisstruktur, die das Energiesparen belohnt und die Verschwendung verteuert wäre erheblich gerechter. Die Industrienationen verbrauchen 80% der weltweit verfügbaren Energie und in Deutschland werden 80% der Energie von den 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen verbraucht. Allein diese Zahlen belegen, dass sowohl im Weltmaßstab wie auch in der Kommune die Verfügbarkeit über Energie vom Einkommen abhängt und deshalb dringend einer sozialen Komponente bzw. eines Systemwechsels bedarf.

Der Energiemarkt im neuen Jahrtausend

Die Prognosen der führenden Zukunftsforschungsinstitute sind einhellig der Meinung: Die nächsten Verteilungskämpfe auf der Welt werden um Energie und Wasser geführt. Dies wird durch die aktuellen Berichte der Unep (Umweltorganisation der UNO) nachdrücklich bestätigt. Außerdem wird dort noch einmal festgestellt "...die globale Erwärmung ist nun nicht mehr aufzuhalten, sondern nur noch zu begrenzen." Die fossilen Energieträger, wie Kohle, Erdöl und Erdgas, ebenso wie Uran sind endlich, ihre Produktion und Verwendung schädigt die Umwelt nachhaltig. Der Umstieg auf naturschonende Energienutzung und der Einsatz erneuerbarer Energiequellen verbunden mit konsequenten Energiesparmaßnahmen und Steigerung der Energieeffizienz koppeln uns von dieser Entwicklung ab, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und schaffen Arbeitsplätze im Handwerk, in kleinen und mittleren Betrieben und in Konzernen. In Lehre und Forschung werden ebenfalls neue Impulse gebraucht, die diesen Bereichen den Stellenwert für unsere Zukunft geben und zu Synergieeffekten mit den in diesem Umfeld tätigen Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen führen müssen.

Global denken – lokal handeln!

Deutschland ist EU-weit der Hauptverursacher der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen. Verantwortlich dafür sind Stein- und vor allem Braunkohlekraftwerke. Aus Kohle wird drei Viertel des Stroms in NRW erzeugt. Neue Kraftwerke sind in Planung, die vor allem eines sichern sollen: die Profite von RWE und E.O.N. Dies zerstört nicht nur die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. DIE LINKE tritt deshalb für den Schutz und Erhalt der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen Menschen leiden am stärksten unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm, Radioaktivität und verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder sich nicht dagegen schützen können.

Wie Energie bereitgestellt wird, wird auch von KommunalpolitikerInnen in Bochum entschieden. Vier Fünftel des Energiebedarfs privater Haushalte bestehen aus Raumwärme und Warmwasser. Obwohl diese Energie bei der Stromproduktion als Abwärme anfällt, wird sie hierzulande kaum genutzt und über Kühltürme in die Umwelt gepustet. Würde sie als Fernwärme genutzt, könnte ein Großteil des Energiebedarfes in diesem Bereich eingespart werden. DIE LINKE. tritt für den konsequenten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau der Fernwärmenetze ein.

Die Rolle der Stadtwerke

Die Stadtwerke Bochum weisen in ihrem aktuellen (2012) Strom-Mix einen Anteil von Erneuerbaren Energien (Ökostrom) von 27% (nach EEG) aus. Der Bundesdurchschnitt liegt bei ca. 21,1% (nach EEG). Damit stehen unsere Stadtwerke im Vergleich zu vielen anderen Städten ganz gut dar. Das hat sicher auch mit dem Wechsel der Bochumer Bürgerinnen und Bürger, unter dem Eindruck der havarierten Atomkraftwerke in Fukushima in die Ökostromtarife der Stadtwerke zu tun, die damit ein Zeichen gegen die verfehlte Atompolitik setzen wollten.

Wenn wir die gesamten Aktivitäten unserer Stadtwerke aber einer genaueren Prüfung unterziehen ergibt sich ein völlig anderes Bild. Über Firmen- und Projektbeteiligungen der Stadtwerke werden Stromkontingente umgesetzt, die den Bedarf im Stadtgebiet Bochum um ein Vielfaches übersteigen und die mit dem Kerngeschäft unserer Stadtwerke - Bochumer Betriebe und Haushalte sicher und umweltgerecht zu versorgen - nichts zu tun haben.

DIE LINKE fordert die Einführung von Sozialtarifen für den Bezug von Strom und Wärme. DIE LINKE setzt sich für ein sozial-ökologisches Sockeltarifmodell ein, das niedrigen Verbrauch belohnt und bei hohem Verbrauch zur Kasse bittet. Es besteht aus einem preiswerten Grundkontingent von 1000 kWh, das den Grundbedarf pro Haushalt (derzeit ca. 1200 kWh pro Einpersonenhaushalt) perspektivisch deckt, zuzüglich 200 kWh pro weitere im Haushalt lebende Personen. Bei überdurchschnittlichem Stromverbrauch steigt die Stromrechnung im Vergleich zu heute. Da der Stromverbrauch mit steigendem Haushaltseinkommen zunimmt, werden auf diese Weise reiche Haushalte be- und ärmere Haushalte entlastet.

Die geplante und regionale Gewinnung von Erdgas durch das sog. "Fracking" wird in zahlreichen Regionen des Landes vorangetrieben. Die enormen Risiken, die diese Technologie birgt, von der Wasserkontaminierung bis hin zu Bergsenkungen verbunden mit geologischen Setzungsschäden, sind in keiner Weise akzeptabel und stellen eine permanente Gefährdung der Städte und Gemeinden und der Menschen, die in ihnen leben, dar. Deshalb lehnt DIE LINKE „Fracking“ ab.

emwr – Energie- und Wasserversorgung mittleres Ruhrgebiet GmbH

ist ein Zusammenschluss der Stadtwerke Bochum, Herne und Witten mit einem Umsatz von ca. 1,2 Milliarden Euro, davon ca. 600 Mio. aus dem Stromhandel. Die emwr ist an der Strombörse in Leipzig akkreditiert und versorgt als Stromhändler z.B. die Bundeswehr, Opel und weitere Firmen und öffentliche Einrichtungen mit Strom. Diese Kontingente werden ausgeschrieben und der billigste Anbieter erhält den Zuschlag. Die emwr veröffentlicht deshalb auch, sicher aus gutem Grund, keine Zahlen über ihren Strom-Mix.

RWE Aktien

Die RWE AG ist in Deutschland der größte Betreiber von Braunkohlekraftwerken. Als ‚nur‘ drittgrößter Stromproduzent Europas stößt der Konzern mit rund 150 Millionen Tonnen pro Jahr die größte Menge an CO₂-Emissionen aus. Der Konzern hat sich damit den zweifelhaften Titel verdient, Europas „Klimakiller Nummer 1“ zu sein. Weiterhin betreibt RWE in Deutschland zurzeit zwei Atomkraftwerke (Gundremmingen und Emsland).

Bochum besitzt 6.600.000 RWE-Aktien, die sich wegen des aktuellen Aktienkurses aufgrund der verfehlten Unternehmenspolitik zurzeit nur mit großen Verlusten verkaufen ließen, und ist so unmittelbar an dieser Umweltzerstörung beteiligt.

Übernahme der STEAG

2010 wurde die Übernahme von 51% der STEAG Anteile durch ein Konsortium von sechs Ruhrgebietsstädten, darunter Bochum, beschlossen. Die STEAG betreibt Steinkohlekraftwerke an acht Standorten in Deutschland und zwei Raffineriekraftwerke. Der größte Teil der Anlagen ist völlig veraltet und mindestens vier Kraftwerke bereits abgeschrieben. Die STEAG ist auch Dienstleisterin im Atomgeschäft.

Ein Großteil der Rendite wird in Steag-Kohlekraftwerken im türkischen Iskenderun, im philippinischen Mindanao und im kolumbianischen Paipa erwirtschaftet. In Paipa und Mindanao gehören dazu auch Minenbetriebe und Kohlegruben, in denen zu 30% des Weltmarktpreises unter Missachtung von Gewerkschafts- und Menschenrechten, durch Kinderarbeit und Ausbeutung der indigenen Bevölkerung Kohle gefördert wird. Großflächige Umweltzerstörung und mangelnde Sicherheitsstandards werden auf dem Altar des Profits geopfert.

Der Hinweis auf den Verkauf der Atomsparte, den die Grünen schon im Vorfeld als entscheidendes Argument angeführt hatten, kann vor dem Hintergrund der Steag Aktivitäten in diesem Umfeld nur als populistisch bezeichnet werden. Damit soll suggeriert werden, dass der Atomausstieg voran gebracht wird obwohl das Gegenteil der Fall ist. Die Steag ist nicht direkt an der Atomstromerzeugung beteiligt, besaß einen Anteil am sogenannten Zwischenlager in Ahaus und ist für die Verschrottung und Entsorgung der veralteten russischen Atom U-Boot Flotte und Serviceleistungen im Atomgeschäft verantwortlich. Damit besitzt die Stadt Bochum jetzt zwar mindestens ein U-Boot in Hochhausgröße, aber der ökologische Umbau lässt sich damit nicht erzwingen. Die propagierte Transparenz und öffentliche Kontrolle gerade dieser Sparte wird nach dem Deal nicht besser sondern schlechter.

Da die Übernahme der verbleibenden 49% der STEAG Anteile unmittelbar bevorsteht, noch einmal der Hinweis auf die Nachteile und Risiken:

Der Kauf der STEAG

- ist kein Schritt zur Übernahme in öffentliches Eigentum, sondern ein Rückschritt in Sachen öffentlicher Einflussmöglichkeiten. Die Gründung eines kommunalen Beirats wurde gerade vom Aufsichtsrat der STEAG abgelehnt.
- bindet große Investitionsmittel der Stadtwerke, die für ein Umsteuern Richtung ökologische, dezentrale, soziale und kundenfreundliche Energieversorgung fehlen
- bedeutet die Übernahme von Mitverantwortung für die katastrophalen Zustände in ausgeplünderten Bergbauregionen im Ausland
- enthält die Gefahr, wieder ein unkontrollierbares Gebilde aufzubauen wie die RWE, die einmal aus den Stadtwerken Essen hervorgegangen ist.

Trianel

Trianel ist ein Zusammenschluss von Stadtwerken zur Errichtung und zum Betrieb von überwiegend Kohlekraftwerken, an dem die Stadtwerke Bochum maßgeblich beteiligt sind. Auch wenn Trianel sich ein ökologisches Mäntelchen umhängt, - auf den Internetseiten von Trianel kommt der Komplex Kohle gar nicht mehr vor - bleibt die Kohleverstromung ein Standbein dieses Zusammenschlusses.

Das umstrittene Steinkohlekraftwerk der Trianel Power Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG gegen das der BUND und Bürgerinitiativen geklagt haben, gehört ebenfalls zu diesem Komplex. Die Errichtung von und Beteiligung an Offshore Windparks ist ebenfalls kein wirklich ökologisches Konzept.

Wir LINKEN haben grundsätzlich nichts gegen gemeinsame Aktivitäten kommunaler Unternehmen, wie z.B. Einkauf- und Vertriebsgemeinschaften um am Markt besser bestehen zu können. Wir sind aber gegen jede Aushöhlung der demokratischen Kontrolle und Beteiligungen der Monopolisten wie RWE durch die Hintertür. Wir fordern den sofortigen Atomausstieg durch den Verkauf aller Beteiligungen an Atomstrom produzierenden Unternehmen und keinen Ankauf von Atomstrom. Keine Beteiligungen an neuen klimaschädlichen Kohlekraftwerken, Verkauf der Anteile an bestehenden klimaschädlichen Kohlekraftwerken. Neuinvestitionen ausschließlich in regenerative Stromerzeugung, Kraft- Wärmekopplung, Leitungsnetze, Energieeffizienz, Energieberatung und andere dem Geschäftszweck der Stadtwerke entsprechenden Projekte. Ausweitung der Dienstleistungen in diesen Bereichen, z.B. Energieberatung für einkommensschwache Haushalte, Leasingangebote für stromsparende Elektrogeräte usw.

- DIE LINKE tritt ein für eine konsequente dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen und Sonne, Wind und Wasser!
- Sozialtarife und Energiekontingente

DIE LINKE fordert

- die Einführung von Sozialtarifen im Energiebereich. Die massive Teuerung bei Strom, Heizung und im Verkehr muss sofort abgefedert werden, um Armut zu verhindern. Mittelfristig führt der einzig gangbare Weg zu bezahlbarer Energie über Energieeinsparung, effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien. Das hilft Haushalten mit kleinem Geldbeutel in der jetzigen Lage aber nicht.
- deshalb eine neue Energiepolitik, die vor allem den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute kommt. Neben einer kostenfreien Sockelversorgung mit Energie zu Lasten des Mehrverbrauchs und gezielten Energiespar-Beratungen muss Haushalten mit kleinem Geldbeutel durch Sozialtarife geholfen werden. Auch ein Verbot von Strom- und Gassperren bei Privathaushalten muss im Energiewirtschaftsgesetz festgeschrieben werden.
- ein Verbot von Strom- und Gassperren bei Privathaushalten.

DIE LINKE tritt ein für Sozialtarife für Strom und Gas.

Die Erzeugung von Ökoenergie, sowie alle Formen des Energiesparens. Nachbarschafts- und Mieterinitiativen und Genossenschaften brauchen Förderung und Unterstützung. Eine Möglichkeit sind Mikrokredite z.B. durch die Sparkasse oder durch die auf solche Förderung spezialisierte GLS Bank.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Genossenschaftliche Projekte müssen gefördert werden.
- Ökologische und nachhaltige Produktion von Strom und Wärme
- Energiesparen ist sicher die beste Form mit Energie und in diesem Fall Strom umzugehen
- Förderung von Niedrigenergie- und Null-Energiehäusern
Niedrigenergiehäuser verbrauchen weniger Wärmeenergie als herkömmliche Neubauten, ohne dass die BewohnerInnen auf den gewohnten Komfort verzichten müssen.
- Förderung von stromsparender Technologien im Haushalt
Energiesparlampen und moderne Elektro-Haushaltsgeräte sparen vom ersten Tag an Strom.
- Förderung von Photovoltaik Anlagen und Solarthermischer Anlagen
diese Anlagen setzen die Kraft des Sonnenlichts in elektrische Energie und Wärme um.
- Verdrängung von Strom aus dem Wärmemarkt
Verbot von Nachtspeicher- und Elektroheizungen, Umstellung von elektrischen Durchlauferhitzern und anderen elektrischen Warmwasserbereitern auf ökologisch sinnvolle (und kostensparende) Systeme. Einsatz von Wärmepumpen nur in ganz wenigen genau geprüften Einsatzumgebungen, da diese in den meisten Fällen einen ganz schlechten Wirkungsgrad haben.
- Förderung langlebiger und reparaturfreundlicher Elektrogeräte
- Förderung von Systemen zum Energiemanagement in Häusern und Gebäuden
- Windkraft-Anlagen auch im Bochumer Stadtgebiet
- Förderung von Wasserkraft-Anlagen
Wasserkraft-Anlagen erzeugen mit der Kraft des fließenden Wassers Strom. Da es mittlerweile Wasserräder gerade auch für kleine Gewässer mit sehr gutem Wirkungsgrad gibt, durchaus eine Alternative für Bochum, Witten und Herne
- Förderung von Kraft- Wärmekopplungs- und Blockheizkraftwerken
Diese verbrennen zwar fossile Energie, sind aber wegen ihres guten Wirkungsgrades (bis 90%) eine sinnvolle Alternative und in Verbindung mit Biogasanlagen umweltneutral.
- Biogasanlagen und Biomasse nur aus nachhaltigem Anbau ohne die Verdrängung der Produktion von Nahrungsmitteln
- Das Grubengas könnte gerade für Bochum eine lohnende Alternative sein, denn hier gab es mal die höchste Zechendichte im ganzen Ruhrpott.

Original sozial - konsequent solidarisch

DIE LINKE. Bochum steht für einen Neuanfang. Wir setzen nicht auf Vetternwirtschaft mit den Mächtigen, sondern auf Druck, Gegenwehr und Selbstorganisation: Für eine Gesellschaft, in der nicht länger die Profite weniger, sondern die Bedürfnisse aller im Mittelpunkt stehen.

DIE LINKE. Bochum steht für soziale Gerechtigkeit, für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, für die Interessen der Lohnabhängigen und für die gleichberechtigte Teilhabe der vom Kapitalismus Ausgegrenzten und Aussortierten.

DIE LINKE. Bochum ist konsequent gegen Krieg nach außen und nach innen. Dafür setzen wir uns ein, in den kommunalen Vertretungen und in der Gesellschaft.

DIE LINKE. Bochum steht für einen Politikwechsel und grundlegende Alternativen. Wir brauchen dringend einen konsequenten Kurswechsel in der Bochumer Politik. Erforderlich ist aber auch Druck aus der Gesellschaft, aus Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Betrieben und Verwaltungen, aus den sozialen Bewegungen. Die Menschen sollen sich aktiv einmischen.

DIE LINKE. Bochum wird auch im Rahmen kommunaler Vertretungen offen sein für den Protest und die Forderungen von Lohnabhängigen, ihrer Gewerkschaften, der Globalisierungskritikerinnen und -kritiker, der Menschen mit Behinderungen, der Frauenbewegung, der Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Kultur, der Migrantinnen und Migranten. Ihre Ideen und ihr Engagement werden gebraucht. Nur im Zusammenspiel mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen kann DIE LINKE in den kommunalen Vertretungen Erfolg haben.

Der Widerstand gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte und für Alternativen wird von der LINKEN. Bochum auch im Rahmen der Arbeit kommunaler Vertretungen unterstützt.

DIE LINKE. Bochum wird sich unter keinen Umständen an eine Politik beteiligen, sich enthalten oder eine Politik tolerieren, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert.